Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 Dienstag, den 27. Mai 1919 Nummer 253 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Kompareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Todesurteile beim Grenzschutz!

Ein drakonisches Urteil.

(Eigene Drahtnachricht der „Freiheit".)

Danzig, 26. Mai.

Die Mannschaften des Infanterieregiments 175 in Czersk sollten sich verpflichten, noch ein Jahr weiter zu dienen. Sie forderten ihre Entlassung und verweigerten, als ihnen diese nicht gewährt wurde, den Dienst. Daraufhin wurden sie verhaftet. Nur wer sich verpflichtete, vier Monate zum Grenzschutz zu gehen, wurde freigelassen. Das Kriegsgericht in Konitz hat am 9. Mai 8 Mann, die fest blieben und auf ihrer Entlassung beharrten, zum Tode verurteilt. Das Urteil liegt dem Reichswehrminister Noske zur Bestätigung vor.

Gegen dieses ungeheuerliche Urteil muß die gesamte Arbeiterschaft auf das schärfste protestieren. Die Militärgewaltigen haben kein Recht, Soldaten zum Grenzschutz zu zwingen, da die Dienstpflicht aufgehoben ist. Die Forderung aber, die an die Mannschaften des 175. Infanterieregiments gestellt wurde, bedeutet die Wiedereinführung der Dienstpflicht, und das Urteil selbst zeugt davon, daß der Militarismus sich wieder so fest fühlt, wie in seinen schlimmsten Zeiten. Wir verlangen von der Regierung Aufklärung über diesen unglaublichen Vorfall. Herr Noske muß vor aller Oeffentlichkeit Rede und Antwort stehen.

Die Erschießung Dorenbachs.

In der Presse wurde behauptet, der frühere Führer der Volksmarinedivision Dorenbach sei von dem Kriminalwachtmeister Kirschbaum erschossen worden. Das ist eine Unwahrheit. Dorenbach ist vielmehr von dem Kriminalwachtmeister Ernst Tamschick erschossen worden, demselben Manne, der auch den Kommunisten Leo Jogisches erschossen hat.

Tamschick ist zur Zeit bei der fliegenden Kraftfahrerabteilung Kessel als Vizefeldwebel eingestellt. Diese Abteilung ist dem Regiment Reinhard in Moabit angegliedert. Ihr liegt die Verfolgung und Auskundschaftung politisch „verdächtiger" Personen ob. Tamschick wurde für seine Tat von Generalleutnant Hofmann persönlich belobt.

Das „freie" Versammlungsrecht.

Berlin, 26. Mai.

Offiziös wird mitgeteilt: Um künftighin Auflösungen von Versammlungen zu vermeiden, wird nochmals daran erinnert, daß bis auf weiteres alle öffentlichen Versammlungen rechtzeitig, das heißt mindestens 48 Stunden vorher, beim zuständigen Polizeipräsidium angemeldet werden müssen. — Wir fordern demgegenüber erneut die Aufhebung des Belagerungszustandes und völlige Wiederherstellung der Versammlungs- und Preßfreiheit. Dann sind all diese schikanösen und der Willkür Tür und Tor öffnende Vorschriften überflüssig.

Das deutsche Kanonenfutter.

Amtlich wird gemeldet: In einer Note vom 8. Mai hatte Reichsminister Erzberger der Entente angekündigt, die deutsche Regierung werde ihre gesamten Streitkräfte aus Lettland und Litauen zurückziehen. Hierzu teilte General Rudant am 25. Mai mit, die alliierten und assoziierten Regierungen hätten am 24. Mai beschlossen, Deutschland habe alle Streitkräfte in Lettland und Litauen aufrechtzuerhalten. Die dorthin entsandten Vertreter der Alliierten würden, den örtlichen Militärorganisationen entsprechend, den Räumungstermin bestimmen.

In den Bezirken Augustowo, Suwalki und Grodno und in dem südlich der Narycka gelegenen Teil des Bezirkes Seilly habe die Zurückziehung der deutschen Truppen sofort zu beginnen. General Henrys, der Chef der französischen Militärmission in Warschau, sei beauftragt, die Entscheidung der polnischen Regierung mitzuteilen und die Zurückziehung der deutschen Truppen in den genannten Bezirken zu überwachen.

Es ist von Interesse festzustellen, daß noch vor Eingang der obigen Note Rudants die lettländische Scheinregierung Noedra-v. Brümmer das Ersuchen an Deutschland gerichtet hatte, die reichsdeutschen Truppen „noch einige Zeit in Lettland zu belassen". Die Note Rudants kommt also den Leitern des neuen Krieges im Osten ebenso gelegen, wie die bestellte Arbeit der Libauer Strohmännerregierung. An ein zufälliges Zusammentreffen dieser beiden Noten werden wohl nur sehr naive Gemüter glauben. Angesichts des jüngsten Vorstoßes der deutschen Truppen gegen Riga ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß die auf neue Abenteuer im Osten ausgehenden Militärkreise mit allen Mitteln darauf hingearbeitet haben, daß die Zurücknahme der deutschen Truppen aus Lettland von der Entente untersagt werde. Sie brauchen dieses Verbot, um die Pläne der baltischen und reichsdeutschen Konterrevolutionäre durchsetzen zu können, für die die deutschen Arbeiter und Bauern nach wie vor das Kanonenfutter liefern müssen.

Der neue Krieg in Lettland.

Libau, 26. Mai.

Folgender Schlachtbericht wird ausgegeben: Die militärische Lage ist im allgemeinen unverändert. Die Bolschewisten haben die Eisenbahnbrücke zwischen Jägel und Stintsee nordöstlich Riga gesprengt. An der Seeenge wird ebenso wie um den Besitz von Dünamünde noch gekämpft. Bei dem Vormarsch der Landeswehr blieben die Verluste erträglich. Geschütze und Lastkraftwagen wurden in größerer Zahl erbeutet, ebenso Heeresproviant und Nahrungsmittel, die für eine viertägige Versorgung der Bevölkerung ausreichen. Amerikanisches Mehl ist auf dem Wege von Mitau nach Riga, ebenso werden der dänische und der schwedische Konsul in den nächsten Tagen Lebensmittel von Libau nach Riga schicken. Vor ihrem Rückzuge haben die Bolschewisten in Riga etwa 20 politische Gefangene getötet und 50 verschleppt. 1600 Gefangene, meist Balten, wurden befreit. Aus vielen Wohnungen sind Möbel entfernt und nach der Ukraine als Austausch gegen Lebensmittel geschickt worden. Viele bolschewistische Kommissare wurden verhaftet, während Stutschka und Danischewisky entflohen sind.

Stockholm, 26. Mai.

Bei Isborsk westlich Pleskau durchbrachen die Esten die bolschewistischen Linien und machten 1000 Gefangene, darunter ein ganzes Scharfschützenregiment estnischer Kommunisten. Die estnischen Truppen stehen jetzt 10 Werst von Pleskau.

Eine Erklärung Rakowskis über Ostgalizien.

Einer Moskauer Radiomeldung zufolge hat Rakowski auf der Sitzung des Ukrainischen Zentral-Komitees über die Beziehungen der Sowjetregierung zu Ostgalizien folgendes erklärt: „Um keinen Anlaß zu geben, die Sowjetmacht eroberungssüchtiger Tendenzen zu beschuldigen, werden unsere roten Truppen erst nach der Willenskundgebung des arbeitenden Volkes die ostgalizischen Grenzen überschreiten." Das Ukrainische Zentral-Komitee beschloß darauf, mit der Westukrainischen Regierung bezüglich Festlegung einer Demarkationslinie in Fühlung zu treten.

Wien, 25. Mai.

Krakauer Zeitungen melden aus Warschau, daß die Gesandten Amerikas und Englands beim Ministerpräsidenten Paderewski gegen die polnische Offensive in Ostgalizien Protest eingelegt haben.

Bedingte Anerkennung Koltschaks.

Paris, 26. Mai (Reuter).

Der Viererrat hat beschlossen, die Regierungen Koltschaks und Denikins anzuerkennen, wenn die Leiter dieser Regierungen sich bereit erklären, sich, was die Zukunft Rußlands betrifft, dem Einspruch einer gesetzgebenden Versammlung zu fügen.

Die Rückführung der amerikanischen Truppen.

Amsterdam, 26. Mai.

Drahtlos wird aus Washington gemeldet: Der Chef des Generalstabes March teilt mit, daß die letzten in Frankreich weilenden amerikanischen Soldaten mit Ausnahme der regulären Division gegen den 12. Juni nach Amerika eingeschifft werden würden, wenn das jetzige Schema durchgeführt werde. Nach dem gegenwärtigen Schema werden vor Ende Mai 10 000 Mann mehr, als ursprünglich beabsichtigt war, und im Juni 200 000 Mann in den Vereinigten Staaten eintreffen.

Die Schuldfrage.

Die Note des Grafen Brockdorff-Rantzau über die Verantwortlichkeit spricht trotz manchem Richtigen in den Einzelheiten im Ganzen nicht eine Sprache, die auch den Gegner überzeugen könnte, und bleibt in Halbheiten und Zwiespältigkeiten stecken.

Das ist allerdings nicht nur die Schuld der Friedensdelegation, sondern vor allem der Regierung, die bis heute noch nicht den Mut zur Wahrheit gefunden hat und nicht versteht, daß nur rücksichtslose Offenheit dem deutschen Volke allmählig jenes Vertrauen zurückerobern kann, das ihm die hinterhältige Täuschungspolitik seiner Machthaber geraubt hat.

Für uns ist die Schuldfrage vor allem eine innerpolitische Frage. Wir forderten immer wieder die Feststellung der Schuldigen am Ausbruch des Weltkrieges, um dem deutschen Volke zu zeigen, wer es in den Abgrund geführt, wem es die Katastrophe mit all ihren schweren Folgen zu verdanken hat.

In diesem Sinne haben unsere Vertreter in der Regierung auf die restlose Veröffentlichung aller Aktenstücke gedrängt, in diesem Sinne hat Kurt Eisner jene Dokumente veröffentlicht, die an sich schon die schwere Schuld der alten Machthaber unwiderlegbar bewiesen.

Die rechtssozialistischen Führer stimmten ursprünglich widerwillig zu. Kautsky wurde mit der Veröffentlichung beauftragt. Nachdem aber unsere Genossen ausgeschieden waren, nachdem der Bund mit den bürgerlichen Kriegsparteien wieder fest geschlossen war, wuchsen die Widerstände gegen jede offene und rücksichtslose Aufdeckung der Schuldfrage. Die Veröffentlichung, die seit vielen Wochen druckfertig ist, wurde immer wieder hinausgeschoben; Kautsky selbst soll ausgeschaltet werden und statt dessen werden immer wieder allerhand Vorwände und Ausflüchte gemacht.

Dazu gehört vor allen Dingen die Idee, die ganze Untersuchung über die Schuldfrage einem internationalen Gerichtshof zu überweisen, dem die Entente ihrerseits ihre Akten vorlegen soll, ein Plan, der nur ausgeheckt wurde, weil seine Urheber sehr genau wußten, daß die siegreichen Machthaber darauf nicht eingehen würden. So erhielt man denn die erwünschte Gelegenheit, zu erklären, daß man selbst nichts zu tun brauchte; die Dokumente bleiben verborgen und man operiert wieder mit der Behauptung, Deutschland sei überfallen, es treffe seine damaligen Machthaber nicht die Schuld oder wenigstens nicht die alleinige Schuld.

Die Wahrheit ist, daß die deutsche Regierung, die Bürgerlichen und Rechtssozialisten, durch die Nichtveröffentlichung der Dokumente dem deutschen Volk bis heute das einzige Mittel verweigert, um sich selbst ein Urteil zu bilden, daß sie damit die Politik der damaligen Machthaber noch immer zu decken sucht und so ihre wichtigste Aufgabe, den radikalen Bruch mit der Vergangenheit, auch auf diesem Gebiete nicht erfüllt hat. Dadurch hat sie die nationalistische und reaktionäre Agitation selbst gestärkt, die die schwere Schuld der damals Regierenden und ihre eigene Mitschuld hartnäckig leugnet.

Dadurch hat sie aber auch das Mißtrauen des Auslandes immer wieder genährt, daß das deutsche Volk selbst heute noch die Politik, die damals getrieben wurde, decken und ihre Urheber nicht dem Schuldspruch preisgeben will. Sie hat sich so selbst der Demütigung ausgesetzt, daß sie jetzt ein Schuldbekenntnis auf Geheiß der Sieger aussprechen soll, während sie längst in voller Freiheit aus eigenem Antrieb alles hätte daran setzen müssen, die Schuldfrage zu klären, nicht des Auslands halber, sondern im politischen Interesse der deutschen Revolution.

Für uns selbst ist die Schuldfrage nicht zweifelhaft. Wir wissen, daß der Krieg sich an den Gegensätzen entzündet hat, die der Kapitalismus geschaffen hat, an den imperialistischen Gegensätzen des entwickelten Kapitalismus im Westen, an den nationalen Gegensätzen des Ostens, die der sich entfaltende Kapitalismus erzeugt und die die österreichische Hausmachtpolitik vergiftet hat.

Wir wissen aber auch, daß diese Gegensätze zum kriegerischen Austrag vor allem getrieben wurden durch den aggressiven Charakter des deutschen Imperialismus, durch die Gewaltpolitik des deutschen Militarismus, der allen Nationen das Mottrüffen

aufgezwungen hat, und durch die verderbliche deutsche Flottenpolitik, die das Verhältnis zu England vergiftet hat.

Diese objektiven Bedingungen, die den Weltkrieg überhaupt erst möglich gemacht haben und seinen Charakter bestimmten, entheben aber durchaus nicht der Notwendigkeit, die subjektive Schuldfrage zu klären und die unmittelbare politische Verantwortung festzustellen.

Gewiß, das kapitalistisch-imperialistische System hat dafür gesorgt, daß überall Pulverfässer herumstanden. Aber das entschuldigt nicht jene, die in dieser Umgebung die Fackel angezündet und sie ans Pulverfaß gelegt haben. Und das haben die Berliner und Wiener Machthaber getan! Sie haben das Feuer entzündet und sie haben in verbrecherischer Verblendung alle Löschversuche verhindert.

Das bewiesen die Dokumente, die schon bald nach Kriegsausbruch publiziert wurden; damals schon mußte und hat jeder Urteilsfähige sich dieses Urteil gebildet und jede neue Veröffentlichung hat die Richtigkeit bestärkt.

Die Verheimlichung dieses Urteils, die Versuche, es immer wieder zu trüben, sind unnütz und schädlich, weil sie dem ganzen Ausland stets nur wieder beweisen, daß der Geist der Unaufrichtigkeit noch immer in den deutschen Regierenden lebendig wirkt. Er ist aber auch deshalb schädlich, weil er in Wirklichkeit unsere Stellung bei den Verhandlungen auch noch in anderer Weise erschwert hat.

Hätten wir die Schuldfrage aus eigenem Antrieb hier erledigt, so könnten wir uns jetzt mit ganz anderer Schärfe gegen ihre Verquickung mit der Friedensfrage zur Wehr setzen. In Wirklichkeit haben nämlich beide Fragen gar nichts miteinander zu tun. Es ist ein Wahnsinn, das deutsche Volk für die Verbrechen seiner Regierenden in seiner Gesamtheit büßen lassen zu wollen die Kinder und Greise, die kommenden Generationen entgelten zu lassen, was jene gesündigt. Das ist Wahnsinn, selbst wenn man den Standpunkt vertreten wollte, daß große Teile des deutschen Volkes eine gewisse moralische Mitschuld tragen, weil sie, was wir weder leugnen können noch wollen, das herrschende System so lange geduldet haben. Ein solcher Standpunkt ist grausam und barbarisch und kein Volk kann wünschen, daß er angenommen wird, denn kein Volk kann bis heute wirklich die volle Verantwortung für alle Taten seiner Regierungen übernehmen.

Nein, wir fordern einen demokratischen Frieden auf Grund des Selbstbestimmungsrechts, trotz der Schuld unserer früheren Machthaber an dem Ausbruch des Krieges. Denn der Friede soll nicht Wiedervergeltung, Strafe und Repressalie sein, sondern er soll endlich einen Zustand dauernden Zusammenlebens und Zusammenarbeitens der Völker bringen. Wir fordern solchen Frieden, nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern von unseren internationalen Grundsätzen aus im Interesse aller Nationen, der Arbeiterklasse aller Länder. Denn die „Bestrafung" des deutschen Volkes, die dem Entente-Kapitalismus nur Vorwand für seine imperialistischen Gelüste ist, würde sehr bald zu einer Strafe aller Völker werden, die unter erneuten Rüstungslasten und Kriegsgefahren zu leiden hätten. Der Friede ist kein geeignetes Strafmittel, sondern er kann nur ein Mittel der Weiterarbeit und des Wiederaufbaus sein.

Von diesem Gesichtspunkt aus weisen wir die Verbindung der Schuld- mit der Friedensfrage zurück. Das entschuldigt aber nicht die Regierung, die durch ihre zweideutige Politik, durch ihre Versäumnisse und Unterlassungen dieser Verbindung Vorschub geleistet hat.

Die Verantwortlichkeit Deutschlands.

Eine deutsche Note an die Alliierten.

Versailles, 26. Mai.

Heute ist dem Präsidenten der alliierten Friedenskonferenz von der deutschen Friedensdelegation nachfolgende Note überreicht worden:

Versailles, 24. Mai 1919.

Herr Präsident!

Der Inhalt des Schreibens Eurer Exzellenz vom 20. d. M. über die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für die Folgen des Krieges hat der Deutschen Friedensdelegation gezeigt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen den Sinn vollständig mißverstanden haben, in dem die deutsche Regierung und das deutsche Volk sich mit der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 stillschweigend einverstanden erklärten. Um dieses Mißverständnis aufzuklären, sieht sich die deutsche Delegation genötigt, den alliierten und assoziierten Regierungen die Ereignisse ins Gedächtnis zurückzurufen, die jener Note vorausgehen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hatte zu verschiedenen Malen feierlich erklärt, daß der Weltkrieg nicht mit einem Machtfrieden, sondern mit einem Rechtsfrieden enden solle, und daß Amerika nur für dieses Kriegsziel (hier enthält das Telegramm eine Lücke, die ungefähr wie folgt auszufüllen ist: „in den Krieg eingetreten wäre. In diesem Sinne") wurde die Formel geprägt: „Keine Annexionen, keine Kontributionen, keine Strafzahlungen." Auf der anderen Seite verlangte aber der Präsident unbedingt die Wiederherstellung des verletzten Rechtszustandes. Die positive Seite dieser Forderung fand ihren Ausdruck in den 14 Punkten, die der Präsident in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 niedergelegt hat. Sie verlangt von dem deutschen Volk hauptsächlich zweierlei: erstens, den Verzicht auf wichtige Teile des Reichsgebiets im Westen und Osten unter dem Gesichtspunkt der nationalen Selbstbestimmung; zweitens, das Versprechen der Wiederherstellung der besetzten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Auf beide Forderungen konnten sich die deutsche Regierung und das deutsche Volk einlassen, weil der Grundsatz der Selbstbestimmung der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands entsprach und die herzustellenden Gebiete von deutscher Seite durch

eine völkerrechtswidrige Handlung,

nämlich durch die Verletzung der Neutralität, mit den Schrecken des Krieges überzogen worden waren.

Das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes hatte übrigens schon die frühere Regierung ebenso anerkannt, wie das an Belgien verübte Unrecht.

Wenn nun das durch den Staatssekretär Lansing vom 5. November 1918 an die deutsche Regierung übermittelte Schreiben der Entente den Begriff der Wiederherstellung der besetzten Gebiete einer näheren Auslegung unterzog, so erschien es für die deutsche Auffassung selbstverständlich, daß die Ersatzpflicht, die in der Auslegung festgelegt wurde, sich nicht auf andere Gebiete beziehen konnte, als die, deren Schädigung als rechtswidrig zugegeben war, und deren Herstellung die leitenden Staatsmänner der Gegner als Kriegsziel betont hatten. So hat Präsident Wilson die Wiedergutmachung des Unrechts an Belgien in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 ausdrücklich als den Heiligen Akt bezeichnet, ohne den die ganze Struktur und Geltung des Völkerrechts für immer erschüttert sein würde. Ebenso hat der englische Premierminister Herr Lloyd George in seiner Rede im Unterhause am 22. Oktober 1917 gesagt: „Die vornehmsten Forderungen der britischen Regierung und ihrer Verbündeten waren stets die völlige politische, territoriale und wirtschaftliche Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens und seine Entschädigung, soweit eine solche möglich ist, für die Zerstörung seiner Städte und Provinzen. Das ist

keine Forderung einer Kriegsentschädigung,

wie die, die 1871 Frankreich von Deutschland auferlegt wurde. Es ist kein Versuch, die Kosten der Kriegführung von dem einen Kriegführenden auf den anderen abzuwälzen." Was hier für Belgien gesagt wird, mußte Deutschland auch für Nordfrankreich anerkennen, da die deutschen Heere nur auf dem Wege über die verletzte belgische Neutralität die französischen Gebiete erreicht hatten. Dieser Angriff war es, für den die deutsche Regierung Deutschlands Verantwortlichkeit zugab, nicht aber eine angebliche Schuld am Ausbruch des Krieges oder die äußerliche Tatsache, daß die formelle Kriegserklärung von seiner Seite ausgegangen war. Die Bedeutung der Note des Staatssekretärs Lansing lag für die deutsche Regierung darin, daß die Entschädigungspflicht sich nicht auf die Wiederherstellung der Sachwerte beschränkte, sondern auf jeden Schaden ausgedehnt wurde, den die Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet an Person oder Eigentum erlitten hatte, mochte er im Verlauf der Kriegshandlungen zu Lande, zu Wasser oder von der Luft aus herbeigeführt sein. Das deutsche Volk hat die Einseitigkeit wohl empfunden, die darin lag, daß man ihm die Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs auferlegte, während man ihm eine Entschädigung für die Gebiete des deutschen Ostens versagte, die von den Truppen des russischen Zarismus nach einem von langer Hand vorbereiteten Plan überfallen und verwüstet worden waren. Es hat aber anerkannt, daß der russische Ueberfall nach formellem Völkerrecht anders zu beurteilen war, als der Einfall in Belgien, und deshalb von einer Ersatzforderung seinerseits Abstand genommen.

Wenn nunmehr die alliierten und assoziierten Regierungen die Auffassung vertreten sollten, daß für jede völkerrechtswidrige Handlung, die im Kriege begangen worden ist, Schadenersatz geschuldet wird, so will die deutsche Delegation die grundsätzliche Richtigkeit dieses Standpunktes nicht bestreiten; sie macht aber darauf aufmerksam, daß dann

auch Deutschland eine erhebliche Schadenrechnung

aufzustellen hat, und daß die Ersatzverpflichtungen seiner Gegner, insbesondere gegenüber der durch die völkerrechtswidrige Hungerblockade unermeßlich geschädigten deutschen Zivilbevölkerung sich nicht auf die Zeit beschränken, wo der Krieg noch beiderseits geführt wurde, sondern ganz besonders auch für die Zeit zutreffen, wo es nur noch eine Kriegführung der alliierten und assoziierten Mächte gegen das freiwillig wehrlos gewordene Deutschland gab. Jedenfalls entfernt sich die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen von der Vereinbarung, die Deutschland vor Abschluß des Waffenstillstandes getroffen hatte. Sie läßt eine endlose Reihe von Streitfragen am Horizont der Friedensverhandlungen emporsteigen und könnte zu einer praktischen Lösung nur durch eine unparteiische internationale Schiedsgerichtsbarkeit gebracht werden, eine Schiedsgerichtsbarkeit, wie sie in Artikel 13 Absatz 2 des Entwurfs der Friedensbedingungen vorgesehen ist. Dieser Absatz bestimmt: „Zu den Fragen, die im allgemeinen eine schiedsgerichtliche Lösung zulassen, gehören die Streitfragen über die Auslegung eines Vertrages, über alle Punkte des internationalen Rechts, über das Bestehen jeder Tatsache, deren Eintreten die Verletzung einer internationalen Verpflichtung bedeuten würde, oder über die Ausdehnung und die Art der Wiedergutmachung, die im Falle einer solchen Verletzung zu leisten wäre." Euere Exzellenz weisen ferner in Ihrem Schreiben vom 20. d. M. darauf hin, daß nach den

Grundsätzen des internationalen Rechts

kein Volk durch eine Veränderung seiner politischen Regierungsform oder durch einen Wandel in den Personen seiner Führer eine von seiner Regierung einmal eingegangene Verpflichtung zum Erlöschen bringen kann. Die deutsche Friedensdelegation ist weit davon entfernt, die Richtigkeit dieses Grundsatzes zu bestreiten; sie verwahrt sich auch nicht gegen die Durchführung des durch das Angebot der früheren Regierung vom 5. Oktober 1918 eingeleiteten Abkommens, sondern gegen die in dem Friedensentwurf enthaltene Bestrafung für die angeblichen Vergehen seiner früheren politischen und militärischen Leiter. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat am 4. Dezember 1917 erklärt, daß der Krieg nicht mit einem Racheakt irgendeiner Art beendet werden solle, daß keine Nation, kein Volk beraubt oder bestraft werden solle, weil die unverantwortlichen Herrscher des Landes ihrerseits ein schweres und verabscheuungswürdiges Unrecht begangen haben. Die deutsche Delegation beruft sich nicht auf diese und ähnliche Zusagen, um sich irgendwelchen völkerrechtlichen Verpflichtungen zu entziehen; aber sie fühlt sich berechtigt, an sie zu erinnern, wenn man dem deutschen Volke die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und die Haftbarkeit für alle Kriegsschäden auferlegen will. Noch in den öffentlichen Verhandlungen kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes wurde dem deutschen Volke versprochen, daß Deutschlands Schicksal eine grundlegende Aenderung erfahren würde,

wenn man es von dem seiner Herrscher trennte.

Die deutsche Delegation möchte die Worte Euerer Exzellenz nicht dahin verstehen, daß die Zusage der alliierten und assoziierten Regierungen damals nur eine Kriegslist war, um den Widerstand des deutschen Volkes zu lähmen, und daß die Zusage heute zurückgenommen werden soll.

Schließlich machen Eure Exzellenz geltend, daß die alliierten und assoziierten Mächte das Recht haben, Deutschland nach denselben Methoden zu behandeln, die es beim Frankfurter Frieden und beim Frieden von Brest-Litowsk seinerseits angewendet habe. Die deutsche Delegation unterläßt es vorläufig, zu prüfen, inwieweit sich jene beiden Friedensschlüsse von dem heute vorliegenden Friedensentwurf unterscheiden; denn für die alliierten und assoziierten Regierungen ist es heute zu spät, auf jene Präjudizien eines Rechtsanspruch zu gründen. Der Augenblick hierfür war gekommen, als sie vor der Wahl standen, die 14 Punkte des Präsidenten der Ver. Staaten von Amerika als Friedensbasis anzunehmen oder abzulehnen. In den 14 Punkten wurde ausdrücklich die Wiedergutmachung des Unrechts von 1870/71 verlangt und von dem Frieden von Brest-Litowsk als von einem abschreckenden Beispiel gesprochen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben es damals abgelehnt, sich einen Gewaltfrieden der Vergangenheit zum Muster zu nehmen.

Das deutsche Volk, das niemals die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges auf sich genommen hat, kann mit Recht verlangen, daß ihm seine Gegner mitteilen, aus welchen Gründen und mit welchen Beweismitteln sie seine Schuld an allen Schäden und Leiden dieses Krieges als Unterlage der Friedensbedingungen machen. Es kann sich daher nicht mit der Bemerkung abspeisen lassen, das von alliierten und assoziierten Regierungen durch eine besondere Kommission in der Frage der Verantwortlichkeit gesammelte Material sei eine innere Angelegenheit dieser Regierungen. Diese Lebensfrage des deutschen Volkes muß in aller Oeffentlichkeit erörtert werden; Methoden der Geheimdiplomatie sind hierbei nicht am Platze. Die deutsche Regierung behält sich vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung. gez. Brockdorff-Rantzau.

Bestellte Arbeit.

Ein junger Mann des Ernst Heilmann, Herr Viktor Schiff, hat Herrn Friedrich Stampfer in der Vertretung des „Vorwärts" in Versailles abgelöst. Er veröffentlicht jetzt eine Unterredung mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau, die sich mit der Kundgebung der Unabhängigen Sozialdemokratie zu den Friedensbedingungen befaßt. Der Graf meinte, er werde kämpfen bis zuletzt, um auf dem Wege der Verhandlungen zu versuchen, die Lage des arbeitenden Deutschland zu verbessern. Aber „unter dem Drucke eigener irregeführter Volksgenossen" werde er dieses Todesurteil nicht unterzeichnen. Die Kundgebungen der Unabhängigen Sozialdemokraten würden ihn nicht veranlassen, etwas zu unterschreiben, was einer Vernichtung des Volkes gleichkäme. Die ohnedies schwere Lage der deutschen Delegation sei durch diese Kundgebungen nicht erleichtert worden.

Herr Schiff ist nicht nur Reporter, sondern auch persönlicher Sekretär des Ministers Landsberg. Es ist also nicht daran zu zweifeln, daß er bestellte Arbeit geliefert hat. Davon abgesehen, kann man folgendes zu dieser Unterhaltung sagen: Die Regierung hat durch ihr dröhnendes Unannehmbar (Scheidemann: „Die Hand soll verdorren . . .") und durch ihre Ablehnungsparole den nationalen Taumel der Bourgeoisie verursacht und die neue Kriegshetze begünstigt. Dagegen vor allem richten sich die leidenschaftlichen Kundgebungen der unabhängigen Sozialdemokraten; wir wollen keinen neuen Krieg, sondern den Frieden! Wenn aber etwas die Aussichten Deutschlands verschlechtert hat, so war es der von der Regierung geförderte Chauvinismus des Bürgertums, die Wiedererweckung des Geistes von 1914. Inzwischen aber hat die Regierung unter dem Druck der Massenstimmung eine deutliche Schwenkung vorgenommen, nun hört man erst von Verhandlungen mit den Gegnern reden, das Spiel mit der Ablehnung wird jetzt offiziell erst in zweiter Linie betrieben.

Im übrigen mehren sich die Stimmen im rechtssozialistischen Lager, die unsere Auffassungen durchaus teilen. So schreibt die „Freie Presse" in Düsseldorf: „Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung nach dem Scheitern aller Verhandlungen den Vertrag unterzeichnen muß, weil wir nicht erneut unser Volk der Hungerblockade und das Land durch Besetzung der Kohlengebiete dem völligen wirtschaftlichen Ruin preisgeben wollen. Unser Standpunkt ist durch die Entwicklung in den letzten Tagen nicht erschüttert worden." Die „Arbeiter-Zeitung" in Essen wird noch deutlicher: „Wir müssen unterschreiben, protestierend und hinweisend auf den bedingten Wert dieser Unterschrift, aber wir können nichts anderes, als unterschreiben." Vielleicht wird der „Vorwärts" die Redakteure und die Leser dieser beiden Blätter gleichfalls zu den „irregeführten Volksgenossen" rechnen!

Kein Einverständnis mit den Loslösungsbestrebungen.

Berlin, 26. Mai.

„Von zuständiger Seite" wird W.T.B. mitgeteilt: Die „Kölnische Volkszeitung" glaubt mitteilen zu können, daß die Selbständigmachungsbestrebungen gewisser rheinländischer Kreise nicht ohne Vorwissen der Reichsregierung sich abspielen, daß die Besprechungen, die einzelne rheinische Politiker mit dem französischen General Mangin gehabt haben, vorher und auch nachher der Regierung in Berlin und der Friedensdelegation in Versailles berichtet worden seien. Das Blatt sagt schließlich: „Wenn die Reichsregierung damit einverstanden war, kann es die rheinische Zeitung wohl auch sein." Demgegenüber sei unzweideutig festgestellt, daß weder die preußische noch die Reichsregierung von diesen Verhandlungen verständigt war, und daß von einem Einverständnis nicht im entferntesten die Rede sein kann. Im Gegenteil, die Reichsregierung steht nach wie vor aufs entschiedenste auf dem Standpunkt, daß diese Tage, in denen die Existenz des ganzen Reiches durch die Friedensbedingungen in Frage gestellt ist, sich am allerwenigsten dazu eignen, grundlegend rein interne deutsche Angelegenheiten zu erörtern, als deren eine sich die Errichtung neuer Bundesstaaten unbedingt darstellen muß.

Die Lebensmittelsendungen.

Hamburg, 26. Mai.

Seit dem 25. März sind 41 mit amerikanischen Lebensmitteln beladene Dampfer im Hamburger Hafen eingetroffen, die Mehl, loses Getreide, Fleisch und Speck geladen hatten. Gegenwärtig sind wieder 13 Dampfer nach Hamburg unterwegs, die bereits von Falmouth gemeldet sind. Einige von ihnen haben 170 000 Tonnen Korn geladen. Jetzt beginnt auch die Einfuhr von Reis. Ein Dampfer mit Reis liegt bereits im Hafen, ein zweiter ist am 26. Mai zu erwarten.

Der Eisenbahnerstreik in Ostpreußen.

Berlin, 26. Mai.

Offiziös wird mitgeteilt: Der Streik der ostpreußischen Eisenbahnarbeiter ist durch Verhandlungen, die heute morgen im preußischen Staatsministerium stattfanden und bei denen auch der Reichsarbeitsminister anwesend war, beigelegt worden. Es wurde mit der Deputation der streikenden Bahnarbeiter vereinbart, daß ein vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten nach Ostpreußen zu entsendender Kommissar die Lohnforderungen der Arbeiter an Ort und Stelle prüfen und die nötigen Unterlagen für die Regelung der Angelegenheit beschaffen soll. Die Entscheidung über die Lösung der Einzelfragen

wird einem Schiedsgericht übertragen, in dem ein Beauftragter des Reichsarbeitsministeriums den Vorsitz führen wird und in dem Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnverwaltung paritätisch vertreten sein sollen. Die Arbeiterdelegation übernahm es dagegen ihrerseits, sofort dafür zu sorgen, daß der Eisenbahnerstreik in Ostpreußen eingestellt wird.

*

Ueber die Ursachen dieses Streiks wird uns geschrieben:

Schon längere Zeit schwebten Verhandlungen über eine allgemeine Lohnerhöhung für ganz Ostpreußen. Die Eisenbahn-Verwaltung, die die Verhältnisse unterschätzte und immer noch glaubte, es mit den lammfrommen Ostpreußen von früher zu tun zu haben, bedachte lediglich die beiden Hauptorte Königsberg und Osterode, in denen sich größere Werkstätten und gleichzeitig gute Organisationen der Eisenbahner befinden, mit einer Lohnerhöhung. Die andern Orte gingen leer aus. Allenstein gab man schließlich 10 Pf. Zulage die Stunde. Doch das genügte den Eisenbahner nicht und sie verlangten einmütig die Gleichstellung sämtlicher Stationen Ostpreußens mit Osterrode. Es wurde erneut mit dem Ministerium verhandelt, das Ergebnis war eine glatte Ablehnung. Das schlug dem Faß den Boden aus. Die Eisenbahner kamen am 18. Mai zu einer Konferenz in Königsberg zusammen, deren allgemeines Ergebnis die allgemeine Arbeitsniederlegung in ganz Ostpreußen und nochmalige Entsendung einer Verhandlungskommission nach Berlin war. Bei den Verhandlungen erklärte der Minister, nicht zuständig zu sein; verwies die Sache an das Gesamtministerium Preußens. In einer Sitzung zwischen der Verhandlungskommission und dem Gesamtministerium Preußens wurde am 26. Mai die oben mitgeteilte Verständigung erzielt.

Generalstreik in Tangermünde.

Infolge Beleidigungen, die von dem Militär gegenüber der Einwohnerschaft bei Haussuchungen nach Heeresgütern begangen worden sind, ist die Arbeiterschaft von Tangermünde Sonnabend vormittag in den Generalstreik getreten. Auch der Eisenbahnverkehr soll lahmgelegt werden bis auf den für die Lebensmittelversorgung notwendigen Güterverkehr. Die Forderungen gehen dahin, daß das Militär sofort entfernt und Tangermünde in eine höhere Versorgungsklasse versetzt wird. Bisher ist alles ruhig.

Erster Industriebeamtentag

des Bundes der technisch-industriellen Beamten.

Berlin, den 26. Mai 1919.

Zum Schluß der gestrigen Sitzung wurde die Diskussion über die Tätigkeit des Vorstandes, die sich sehr lebhaft gestaltete, zu Ende geführt. Die Opposition betonte, daß sie natürlich mit der Verschmelzung mit dem Bunde technischer Angestellter einverstanden sei, daß sie sich nur entschieden gegen das eigenmächtige Vorgehen des Vorstandes wende. Dem Vorstande wurde daraufhin mit großer Mehrheit in allen Fragen, auch der Verschmelzung, Zustimmung gegeben und Entlastung erteilt.

Zweiter Tag.

Im Vordergrund des Interesses stand am zweiten Tag die Verschmelzung mit dem Deutschen Techniker-Verband, die die Verfassungsfragen und den Satzungsentwurf natürlich in erster Linie stark beeinflußte. Aus diesem Grunde wurde Punkt 4 „Schaffung einer Einheitsorganisation" vorweggenommen. Hierzu referierte das Vorstandsmitglied Wilhelm Mahlow. Er führte aus: Daß man bei der Organisation der Angestellten nicht gleich zusammengingen, hatte sein Gutes, denn dadurch konnte der Bund seine grundsätzliche gewerkschaftliche Stellung in die Angestelltenschaft hineintragen. Zwischen dem deutschen Technikerverband und dem Bunde herrschten grundsätzliche Verschiedenheiten namentlich hinsichtlich des Streikrechts. Die Revolution schaffte aber für alle Angestellten und Beamten das Streikrecht, und so sah der Vorstand die Zeit für die Einigung gekommen. Der Vorstand des Deutschen Technikerverbandes erklärte sich einverstanden. Es wurden Verhandlungen der beiden Vorstände eingeleitet, die zur Aufstellung der vorgelegten allgemeinen Richtlinien führten. Die Auflösung unseres Bundes und die Verschmelzung kann nur erfolgen, wenn die vollständige Uebereinstimmung mit dem Deutschen Technikerverband erzielt wird. Die Mitgliederzahl des Deutschen Technikerverbandes mit 38 000 und des Bundes mit 45 000 Mitgliedern würde eine starke Einheitsorganisation ergeben.

Vor Eintritt in die Diskussion wurde Beschwerde geführt über die mangelnde Berichterstattung der Presse und hervorgehoben, daß allein die „Freiheit" einen ausführlichen sachlichen Bericht gebracht hat. In der Diskussion selbst herrschte über die Möglichkeit und Notwendigkeit der Verschmelzung mit dem Deutschen Technikerverband vollkommene Uebereinstimmung.

A. M. Schmidt-Berlin stößt sich an der Frage, in welcher Form nun der gewerkschaftliche Kampf durchgeführt werden soll. Sollen wir mit der parteipolitischen Neutralität brechen oder nicht. Der Charakter als Kampforganisation soll nicht nur theoretisch festgelegt, sondern auch praktisch erprobt werden. Wir müssen klar Stellung nehmen, ob wir den Sozialismus wollen oder nicht. Wir müssen Klarheit haben, selbst auf die Gefahr, daß ein Teil der Mitglieder abgestoßen wird. Man darf nicht den Götzendienst der Zahl treiben. Redner tritt ein für den Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften.

Markward-Berlin stimmt mit den Richtlinien überein. Der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit muß einwandfrei festgelegt werden. Wir müssen die vielen neuen Kollegen aufklären, daß nicht nur Gehaltsforderungen nötig sind, sondern auch die Fragen der Demokratisierung des Wirtschaftslebens, der Sozialisierung usw. Wir müssen eine geschlossene Kampffront dem Kapitalismus gegenüber haben.

Aufhäuser-Berlin spricht gegen die direkte Verschmelzung mit der Arbeiterschaft. Er sieht in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände eine Körperschaft, die gemeinsam mit der Generalkommission den Weg der gewerkschaftlichen Solidarität gehen soll, die aber auch die speziellen Interessen der Angestellten nicht beeinträchtigt. Zur parteipolitischen Neutralität übergehend, will er am neutralen Charakter festgehalten haben. Wir haben die Mitglieder aufzuklären; welche Konsequenzen sie daraus ziehen, ist Sache der Mitglieder selbst. (Beifall.)

Seidel-Morgenroth: Die streng gewerkschaftlich-radikale Bewegung darf durch die Einigung nicht untergraben werden. Auch er wendet sich gegen die direkte Verbindung mit der Arbeiterschaft, hält dagegen ein sachliches Zusammengehen für selbstverständlich.

Rogaß-Berlin: In der neuen Organisation muß vor allen Dingen der Wille der Mitglieder zum Ausdruck kommen.

Reder-Stuttgart: Für mich steht es fest, daß wir im Bund so viele politische Richtungen haben, daß wir mit der Aufgabe der parteipolitischen Neutralität unser Todesurteil unterschreiben. Allerdings muß jeder so klar sein, daß er weiß, wohin er politisch gehört. Ich stehe auf dem Boden des unbedingten Anschlusses an die Generalkommission. Das würde das Mißtrauen der Arbeiter den Angestellten gegenüber brechen.

Langanke-Darmstadt: Bei der Verschmelzung mit dem Deutschen Technikerverband könnte eine Verwischung der gewerkschaftlichen Grundsätze eintreten. Dies muß verhindert werden, ebenso muß die parteipolitische Neutralität aufrechterhalten werden.

Bischoff-Spandau: Die parteipolitische Trennung ist sehr schwierig, denn wer soll feststellen, welche Richtung die allein annehmbare ist. Ein Zusammengehen in Bausch und Bogen mit den Gewerkschaften ist im Interesse der Bundesmitgliedschaft nicht zu wünschen.

Richter-München: Wir haben auch in München die Erfahrung gemacht, daß wir durch das Zusammengehen der Angestellten mit den Arbeitern die wesentlichsten Verbesserungen der Angestelltenverhältnisse durchgeführt haben.

Schweitzer-Berlin sagt, daß über den Gegensatz von Kapital und Arbeit wohl nie Differenzen im Bunde bestanden haben. (Widerspruch.) Er bittet, der Verschmelzung in der neuen Organisation mit der Zuversicht entgegenzusehen, daß auch in ihr unsere Grundsätze zum Durchbruch kommen. Nehmen Sie die Richtlinien an! (Bravo.)

Durch verschiedene Anträge, die zur Annahme gelangen, werden die Richtlinien in einigen entscheidenden Punkten abgeändert. Die so abgeänderten Richtlinien werden gegen 13 Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende begrüßte den Genossen Wegmann vom Vollzugsrat und wünschte, daß er gute Eindrücke von der Tagung mitnähme.

Ein Antrag Stuttgart auf Anschluß an die Generalkommission wurde abgelehnt, dagegen ein anderer, Nürnberg, auf ergen Anschluß an die Arbeiterschaft einstimmig angenommen.

In der Nachmittagssitzung wurde die Verfassung und Satzung des Bundes beraten. Das Vorstandsmitglied Paul Krug führte aus, daß der vorliegende Satzungsentwurf gemeinsam mit dem deutschen Technikerverband beraten wurde. Als Zweck und Ziele sind die alten gewerkschaftlichen Forderungen des Bundes übernommen worden mit besonderer Berücksichtigung der Aufklärung der Mitglieder in sozialen und wirtschaftlichen Fragen, ebenso entsprechende Aufklärung der Oeffentlichkeit. Es folgen dann eingehende Bestimmungen über Solidaritätsunterstützungen, Gemaßregeltenunterstützungen, Hinterbliebenenunterstützung und Stellennachweis. Die Zusammensetzung des Vorstandes soll im wesentlichen die gleiche wie im Bunde bleiben. In der Diskussion wurden die Einzelfragen behandelt. Der neue Bund soll heißen: „Bund der technischen Angestellten und Beamten".

Es erhielt außerhalb der Rednerliste als Vertreter der Grubenbeamten Boerbom-Hamborn das Wort, der für die Bergwerksangestellten eine genügende Vertretung im Vorstand forderte. Zur Frage eines einzusetzenden Bundesausschusses, der Beschwerden der Mitglieder über Verwaltung und Vorstand erledigt, forderte Klostermann-Jena die Schaffung eines Reichsaufsichtsrats als Kontrollinstanz des Vorstandes.

Aufhäuser-Berlin gab Aufklärung, weshalb die Einigungskommission den vom Vorstand vorgeschlagenen Bundesausschuß gutheißt. Es dürfe sich nicht nur um eine Kontrolle handeln, sondern auch um praktische Arbeit. Außerdem würde diese Kontrollinstanz die Schlagfertigkeit der Organisation beeinträchtigen.

Klostermann-Jena meinte, daß die Auffassung Aufhäusers darauf hinauslaufe, die Vorzüglichkeiten des autokratischen Systems zu beweisen. Die Mitgliedschaft müsse den Vorstand kontrollieren können.

Darauf wurde die Einsetzung eines Bundesausschusses einstimmig beschlossen, derselbe ist vom Bundestag zu wählen.

*

Gleichzeitig tagte in den oberen Räumen der Kammersäle der

außerordentliche Verbandstag des Deutschen Technikerverbandes,

der ebenfalls zur Schaffung einer Einheitsorganisation der Techniker einberufen ist. Die Besprechung der Verschmelzung wurde durch zwei Referate von Architekt Kauffmann und Haenbeler eingeleitet, die die grundsätzliche Bedeutung der Frage, sowie den geplanten Organisationsaufbau behandelt. Die Ausschüsse der einzelnen Berufsgruppen erklärten sich grundsätzlich einstimmig mit der Verschmelzung einverstanden. Es wurde bereits der vorgelegte Satzungsentwurf für die neue Einheitsorganisation ohne wesentliche Aenderungen gutgeheißen, der eine starke demokratische Beteiligung der Mitglieder und die möglichste Ausschaltung des Bureaukratismus aus den Verbandseinsätzen vorsieht. Grundsätzlich wurde das Zusammengehen mit der Arbeiterschaft von allen Seiten gutgeheißen. Wenn der neue Einheitsverband alle Techniker umschließen soll, so müsse die parteipolitische Neutralität unbedingt gewahrt werden.

Groß-Berlin.

Ein alter Bekannter.

Er stellt sich uns wieder vor, der ehemalige Berliner Polizeipräsident, Herr von Jagow. Sein Stellengesuch in der „Kreuzzeitung" kennzeichnet den Geist, in dem er regiert hat. Er schreibt:

Ich suche Betätigung
(Privatdienst, Genossenschaftswesen,
Wohltätigkeitsorganisation).
Dr. jur. von Jagow,
Regierungspräsident,
z. Zt. Breslau, Regierung.

Der alte Jagow, wie er leibt und lebt. Ehemals erfreute er uns Berliner Sozialdemokraten anläßlich einer Demonstration mit der im Telegrammstile gehaltenen Warnung: Ich warne Neugierige! Die Straße dient dem Verkehr! Jetzt will Herr von Jagow zeigen, wie arbeitskräftig er als abgetakelter Regierungspräsident ist.

Herr von Jagow hält sich für verschiedene Aufgaben bereit. Er empfiehlt sich als Regierungspräsident, er hält sich noch als solchen. Seine Adresse ist „Breslauer Regierung". Er will damit nach alter Junkerfrechheit die Regierung, die ihm vom Amte „entbunden" hat, verulken. Herr von Jagow wird schon eine Stelle bekommen. Seine Freunde sind ohnehin bald wieder oben auf. Vielleicht nimmt man den arbeitseifrigen Junker ins Korps Lüttwitz auf. Gesellschaft findet er. Das Betätigungsfeld ist sehr groß: Dann dauert es nicht mehr lange und Herr von Jagow ist selber Regierung, der er heute auf der Nase herumtanzt.

Wer gegen den Gewaltfrieden ist.

Wer ist eigentlich für einen Gewaltfrieden? Es gibt niemand, der einen solchen Frieden will. Und doch wird es in der bürgerlichen Presse einschließlich des „Vorwärts" so darzustellen versucht, als gäbe es solche Leute. In Wirklichkeit handelt es sich darum, wer bereit ist, sich in den nationalistischen Taumel hineinziehen zu lassen und damit die Völkerhetze neu zu beleben. Charakteristisch ist folgende an die Dienststelle der Eisenbahndirektion Berlin gerichtete Verfügung:

An sämtliche Dienststellen und Aemter.

Auf Antrag kann, wenn der Dienst es zuläßt, Lohnempfängern, die sich an öffentlichen Massenkundgebungen gegen den Gewaltfrieden beteiligen wollen, einmal ein Urlaub bis höchstens zu einem halben Tage mit Lohn gewährt werden.

E.-Dir. Bin. gez. Wulf.

Wir halten es für richtig, wenn den Arbeitern die Teilnahme an politischen Kundgebungen ermöglicht wird, aber das darf sich nicht nur nach einer bestimmten Richtung hin erstrecken, wie das aus dem Inhalt des Zirkulars entnommen werden kann.

Arbeiterräte der U. S. P. D.

Am Dienstag, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet in der Bockbrauerei, Chausseestr. 56, eine Sitzung der Fraktion statt. Auf der Tagesordnung stehen außerordentlich wichtige Fragen. Das Erscheinen sämtlicher Arbeiterräte ist unbedingt erforderlich.

Der Fraktionsvorstand. J. A.: O. Koch.

Sozialistische Studenten! Auf zur Urne! Keiner darf sein Wahlrecht versäumen. Es ist Pflicht, unsere Vertretung im Studentenparlament durch die rege Teilnahme an der Wahl zu verstärken.

Zeugen gesucht. Diejenigen Angehörigen des „Vorwärts"-Besatzung, die auf dem Wege vom „Vorwärts" zur Dragonerkaserne, in der Dragonerkaserne und auf dem Wege zum Militärgefängnis mißhandelt wurden, oder Zeugen, die gesehen haben, wie eine Anzahl der gefangen Genommenen mißhandelt wurden, werden dringend gebeten, ihre Adresse sofort in unserer Redaktion abzugeben oder einzusenden.

Kampf gegen die kommunalen Arbeiterräte. Dem kommunalen Arbeiterrat Friedenau ist gestern morgen vom Bürgermeister Walther zwangsweise das Zimmer gesperrt worden. Auf diese Weise wird dem Beschluß der Gemeindevertretung, wonach der kommunale Arbeiterrat seine Tätigkeit einzustellen hat, Geltung verschafft.

Freie Hochschule für Proletarier, Kurse für Arbeiterräte aller Branchen über Bank- und Geldwesen. 1. Die Bank im Wirtschaftsleben, Dienstag, 5—7 Uhr, Beginn 27. Mai; 2. Verkehr mit Banken, Freitag 5—7 Uhr, Beginn 30. Mai. Beide Vortragsreihen finden Kochstraße 13, Gesangsaal, statt.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Bez. Südosten. Mittwoch abend, 7 Uhr, im Lokal Grobert, Lausitzer Platz 7, Ecke Skalitzer Straße, Bezirksversammlung. Gäste willkommen. — Britz. Mittwoch abend, 7½ Uhr, bei Rabbatz, Chausseestr. 39, öffentliche Versammlung: „Die Einigung des Proletariats." Referenten: Halpert (S. P. D.) und Wilke (U. S. P. D.).

Internationaler Kriegsbeschädigten-Bund, Ortsgruppe Charlottenburg. Mittwoch abend, 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Die Funktionäre der U. S. P. D. Charlottenburg werden ersucht, auch daran teilzunehmen.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Vom 27. Mai ab werden folgende Milchmengen ausgegeben: Auf die „A I"-Karten 1 Liter, auf die „A II"-Karten 1 Liter, auf die „B I"-, „B II"-, „C I"- und „C II"-Karten je ½ Liter. — Das sechste halbe Pfund ausländisches Weizenmehl wird nach vorheriger Voranmeldung in der Zeit vom 27. bis zum 30. Mai 1919 durch Abgabe des gangen Abschnitts C der Berliner Bezugskarte auf den Abschnitt K 4 der Einfuhr-Zusatzkarte für die Stadt Berlin ausgegeben. Der Preis ist infolge gesteigerter Unkosten auf 1,10 M. je ½ Pfund erhöht worden.

Aus den Organisationen.

1. Kreis. Freitag, 30. Mai, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der Aula Niederwallstr. 18. Vortrag des Genossen Otto Jenzen. Thema: „Die weltpolitische Lage." Vollzähliges Erscheinen Pflicht.

Vierter Kreis. 20. Abteilung. Infolge der Vierteiversammlung am Dienstag und des Lichtbildervortrages am Mittwoch finden die nächsten Bezirksitzungen am Freitag abend, 7 Uhr, bei Lilie, Höchstestr. 10, und Spaet, Georgenkirchstr. 65, statt. In beiden Lokalen sowie bei den Abteilungsführern sind Karten zum Lichtbildervortrag zu haben.

Sechster Wahlkreis. 10. Abteilung. Dienstag, 27. Mai, abends 7 Uhr, Versammlung aller Genossinnen in der Schulaula, Wiesenstraße 66, Vortrag des Genossen Albrecht. Der Vorstand.

Schöneberg. Am Dienstag abend Mitgliederversammlung in der Aula des Hohenzollerngymnasiums, Martin-Luther-Straße 22-23, Ecke Grunewaldstraße. Tagesordnung: Vorträge von Lehmann-Rußbüldt und Frl. Zannoch über „Trennung von Kirche und Schule". Mitgliedsbuch mitbringen. Saalkontrolle.

Bezirk Weißensee. Dienstag abend, 7 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Möllpromenade, Frauenleseabend. Vortrag der Genossin Arendsee. — Mittwoch in demselben Raum Mitgliederversammlung. Reorganisation unseres Wahlkreises.

Lichtenberg. 3. und 4. Viertel. Mittwoch abend, 7 Uhr, in „Bellevue", Hauptstr. 2, Vortragsabend. Thema: „Gewerkschaften, Parlamentarismus oder Rätesystem?"

Adlershof. Mittwoch abend, 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Kaul, Bismarckstraße.

Lichtenrade. Mittwoch, 28. Mai, 7½ Uhr, Diskussionsabend, Schulaula, Roonstraße. Da ein der Zeit entsprechend wichtiges Referat vorgesehen ist, wird rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Tegel. Dienstag abend, 7½ Uhr, Borsig-Kasino, Versammlung. Referent: Dr. Breitscheid. Thema: „Die Revolution und der Frieden."

Stralau. Mittwoch abend, 7 Uhr, im Lokal von Steinicke, Alt Stralau 8, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Stimming, Lichtenberg.

Spiel und Sport.

Berliner Schwimm-Verein „Welle". Donnerstag, 29. Mai (Himmelfahrt), Herrenpartie. Treffpunkt früh 6½ Uhr, Stettiner Vorortbahnhof, Abfahrt 6.40 Uhr. — Damenpartie, Treffpunkt 6¾ Uhr, Stettiner Vorortbahnhof, Abfahrt 7.31 Uhr. Die Ziele werden am Treffpunkt bekanntgegeben. — Jugendpartie Erkner—Störitzsee, Treffpunkt 6½ Uhr Schlesischer Bahnhof (Untergrundbahn).

Arbeiter-Schwimmverein Neukölln. Sonntag, 1. Juni, Anbaden aller Abteilungen am Crossin-See. Treffpunkt 7 Uhr vormittags am Bahnhof Neukölln. Gäste willkommen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Groß-Berlin. Donnerstag (Himmelfahrt), früh 5 Uhr, Dahme. Nachmittag 1 Uhr: Tour wird am Start bekanntgegeben. — Sonntag, 1. Juni, früh 8 Uhr, Streifzüge durch das Blumental. Nachmittags 12 Uhr, Strausberg (Rothäppchen). Start Mariannenplatz.

Briefkasten.

F. W. Für Deutschösterreicher besteht kein Hinderungsgrund für den Eintritt in eine politische Partei.

Aus aller Welt.

Brandkatastrophe in Ludwigshafen.

40 Tote und 100 Verletzte.

Eine Brandkatastrophe ereignete sich in der Nacht zum Montag in Ludwigshafen. Am alten Hafen kam in einem fünfstöckigen Lagerhause des Pfälzischen Lagerhauses, das als Kaserne für die französische Hafenbesatzung dient, Großfeuer aus, das sehr rasch um sich griff. Man spricht von vierzig Toten und gegen hundert Verletzten. Das Gebäude ist vollständig ausgebrannt. Ueber die Ursache der Brandkatastrophe konnte noch nichts Näheres festgestellt werden.

Geschäftliches.

Im Vergnügungspalast Groß-Berlin, Direktion Karl Knappe, Hasenheide 13/15, früher Kliems Festsäle, finden die beliebten Tanzfestlichkeiten von nun an jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag statt.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Friedrich Kayßler. 7½ Uhr: Pentheslea.

Direktion G. Meinhard — R. Bernauer. Theater i. d. **Königgrätzer Straße** 8 Uhr: Musik. **Komödienhaus** am der Marschallbrücke. 8 Uhr: Der Feldherrnhügel. **Berliner Theater** 8 Uhr: Sterne, die wieder leuchten.

Direktion Max Reinhardt. **Deutsches Theater** 8½ Uhr: U. d. Licht unbekannt I. d. Finsternis. **Kammerspiele** 8 Uhr: Der Kinderfreund. **Kleines Schauspielhaus** 8 Uhr: D. Büchse d. Pandora.

Lessing-Theater Direkt.: Victor Barnowsky. 7½ Uhr: Peer Gynt. **Deutsches Künstler-Theat.** Montag a. folg. Tage 7½ Uhr: Das Schloß am Wannsee.

Theater am Nollendorfplatz. 7 Uhr: Wo die Lerche singt.

Rose-Theater 7½ Uhr: Ehe-Urlaub.

Walhalla-Theater 7½ Uhr: Kleine Skizzen.

Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Tägl. 7½ Uhr: Die Berliner Posse. Der selige Hellschlaukt. Dazu erstklass. Spezialitäten.

Wintergarten täglich 7½ Uhr **Varietévorstellung** Rauchen gestattet.

Theater a. Kottbuser Tor (Gr. Tonhalle Kottb. Str. 6) Abends 7½ u. Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Elite-Sänger** 8 ehemal. Mitgl. der Stuttgar Sänger Mitingen-Konzert. Beginn 7 Uhr. Sonnt. nachm. ermäß. Pr. Vorverkauf 11—1 Uhr.

Film-Palast Kellers Festsäle Koppenstr. 29. Dir. J. Werner. **Heute** u. folgende Tage: Der große indische Liebesroman u. Prachtfilm: **Die Lieblingsfrau des Maharadscha** II. Teil. In den Hauptrollen: Gunnar Tolnaes, Lylly Jacobson u. d. glänzend. Beiprogramm. Am 21. Mai, abends 7 Uhr: **Eröffnung** des Filmtunnels und Diele. Gr. Volksbelustigungen und Schrammelmusik.

4. Wahlkreis U. S. P. D.

Am Dienstag, den 27. Mai, abends 7 Uhr:

Viertels-Versammlungen.

Görlitzer Viertel, Lokal S. O., Waldemarstr. 75. Referent: Genosse Gries.
Köpenicker Viertel, Lokal Urania, Wrangelstr. 10/11 Referent: Genosse O. Büchner.
Frankfurter Viertel, Lokal Königsbank, Gr. Frankfurter Str. 117, Referent Genossin Ritter.
Stralauer Viertel, Lokal Comeniussäle, Memelerstr. 67, Referent: Genosse Teschke.
Petersburger Viertel, Aula, Tilsiter Str. 4, Referent: Genosse Rettschlag.
Landsberger Viertel, Steuerhaus, Landsberger Allee, Referent: Genosse Henning.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die politische Lage. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Kreis- und Verbands-Generalversammlung. 4. Vorschläge zum Kreisvorstand. 5. Wahl der Viertels-Leitung.

Das Mitgliedsbuch ist am Eingang des Saales vorzuzeigen. Der Vorstand.

6. Wahlkreis U. S. P. D.

Dienstag, den 27. Mai, abends 7 Uhr

2 Versammlungen für Männer u. Frauen

in folgenden Lokalen: Schulaula Dunkerstr. 65/66, Schulaula Müllerstraße, Ecke Triftstraße.

Tagesordnung: 1. Der Friede und die Einheitsfront. 2. Die Schule, wie sie ist und wie sie sein soll. 3. Diskussion.

Referenten: Redakteur Carl Leid und Lehrer Kulisch.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Voranzeige.

Mittwoch, den 28. Mai, abends 7 Uhr **Versammlung** in der Schulaula Stephanplatz.

Tagesordnung: Das Rätesystem. Referent: Genosse Sommerfeld.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. — Verein Berlin.

Büro: Gneisenauer 15, Zimmer 18. — Geöffnet 9—1 und 5—7 Uhr. Sonnabend nachm. geschlossen.

Mittwoch, den 28. Mai abends 7 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Haberlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35.

Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom Verbandstag.
2. Diskussion.
3. Aufstellung der Kandidaten zum Vereinsvorstand.
4. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das bestimmte und pünktliche Erscheinen der Kollegen notwendig. — Steinholzleger und Helfer-Versammlung am Mittwoch, den 4. Juni, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 10. Der Vereinsvorstand.

Möbel jeder Art preiswert. Große Auswahl. **Möbel-Lechner** BERLIN Brunnenstraße 7 Nähe Rosenthaler Platz

Zähne von zwei Mark an. Zähne ohne Platte, Goldkronen, Brücken. Allerbilligste Berechnung in bester Ausführung. Reparaturen und Umarbeitung sofort. 18jährige Fachtätigkeit. **Zahnpraxis Hempel,** nur Berlin C, Linienstraße 220, an der Rückerstr. Wochentags 9-7, Sonntags 9-1. Bitte Hausnummer zu beachten.

Spezial-Arzt Dr. Scott für Haut-, Harn- und Frauen-Leiden — Salvarsan - Kuren Urin- und Blutuntersuchungen Rosenthalerstr. 69—70 **In Heil-Anstalt Löser** 10—1, 5—8. Sonnt. 10—1 Sexuelle Neurasthenie-Kurinstitut.

Facharzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden. Salvarsankuren. — Blutuntersuchung. — Schnellste Befreiung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane in Dr. Ehlers Heilanstalt Potsdamer Str. 27b 11-1, 5-7. Sonntag 11-1.

Facharzt Dr. Meyenberg für Geschlechtsleiden 11—1 und 5—7 Uhr Potsdamer Str. 27b.

Günstige Gelegenheits-Käufe in gediegenen Speise-, Herren-, Schlaf-, Wohnzimmern u. Küchen, billigste Preise. Besichtigung lohnt! **Möbelhaus Osten** nur 30, Andreasstr. 30

Pumpen für jeden Zweck aus Größe, kleinst. Handpumpen zum Selbst aufstellen und kostenloser Anleitung, lachen Rat. Altes Spezialhaus Carl Köck Nachf. & Co. Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 20/3

Sicher und heimlich Schwangerschaft und Geburts-Prävention! (Bildpropaganda d. U.S.P.D.) Gesellschaft. (genaue Adresse) auf Mustersendung mit Vertriebsanweisung und Prämienscheine für zusammen 3.— Mark sind zu richten an Kraftbe. Schließfach 52 Abtlg. Bn. Postamt I. Halle (Saale) Eilt! Ausschneiden!

Dr. med. Karl Reinhardt Berlin, Potsdamer Strasse 117 (n. d. Lützowstrasse) **Haut- und Harnarzt** bewährte, lachmännische Behandlung. Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½9—2 mittags, ½6—½10 abends. Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief Mk. 1.20).

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Umbauwagen, Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflegematratzen, Tapezierer Walter, Stargarder Str. 18.

Herrenfahrräder, Damenfahrräder, Motorzweiräder Gelegenheitskäufe Kämmereit, Gr. Frankfurter Str. 14, Quergeb.

Mandoline, Laute, Gitarre, Wandermandoline 65.—, erstkl. 85.-, Konzertlaute 125.-, 145.-, (Unterricht 3.—, Monatskonzert, evtl. 16 stündige Schnellkurse). Künstlerviolinen mit Zubehör 125.—, Konzertgeige 65.—. Ernst, Oranienstr. 166 III.

Piano, Harmonium Flügel, neu, gebraucht Hochstehflügel, verkauft billig Ernst, Oranienstr. 166, III.

Feldenzware, solange Vorrat reicht, verkauft preiswert silberh. Gardinen, Stores, Portieren, Tüll-Bettdecken, Divandecken, Tischdecken, Waffeldecken, Dekorationen, sowie fast neue Teppiche, Läuferstoffe, Bettvorlagen, Steppdecken und andere Gelegenheitskäufe. Fried. Prinzenstraße 84, 2 Tr. (Moritzpl.).

Küchen, moderne, mit, ohne Anrichte, roh, gestrichen, Riesen-Auswahl, enorm preiswert Himmel, Lockringer Str. 22.

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75.—, Chaiselongues 75.— an, Meicke, Augustastraße 37a, Quergeb. parterre.

Verliehene gewesene und neue Möbel verkauft billigst Seelig, Lothringer Straße 23 (Schönhauser Tor). Kleiderschränke, Vertikos 68.00, 85.00, 125.00, neue zusammen 300.00, Bettstellen m. Matratzen 65.00, 85.00, Muschel-, engl. Bettstellen, Sofa, Chaiselongues, Spiegel, Kommode billigst. Gr. Auswahl in eleganten neuen Möbeln. Komplette Küche 175.00. Versende nach außerhalb.

Möbelkrebit an jedermann. Reichste Auswahl, bequemste Abzahlung, größte Möbelhaus Deutschlands, gebe bereitwilligst auch Kriegsanleihe in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Besichtigen Müllerstraße 7, eine Treppe.

Reizende Schlafzimmer, Speisezimmer mit Riesladensofa, Küche, Aktenschrank, Vertiko, ausz. Umbautisch, Chaiselongue, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teltz, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute, Händler verb.

Ziehharmonika, doppelreihig, neu, spottbillig, verkauft Instrumentenmacher Köhler, Schlegelstr. 9.

Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Divandecken, Kinderlergardinen, Zaggarnisen, Stores, Portieren, Steppdecken, Tüllbettdecken, Läuferstoffe, Federbetten usw. staunend billig. Herzig's Gelegenheitskäufe, Zehdenicker Straße 18, (nahe Rosenthaler Platz).

Achtung! Versende Gross. Roll. Kautabak, garantiert gut, 50 Roll. 12 Mk. nur an Privat. Fr. Niestroy, Charlottenburg, Potsdamer-Str. 28.

„Entlassungsanzug" und Paletot 175 Mark sowie Paletot Friedensware 180 Mk. verkauft W. Swiatkowski, Oranienstr. Nr. 72, 4—7.

Gummiwaschen, Stck. 1,50 Mark, **Kaseleuelle** verkauft Seifengeschäft Lattmann, Kanstr. 14.

Kautabak, echter Naturwucher, ständig zu haben. Baumann, Liebenwalderstr. 1.

„Bettstelle", Matratze, Tisch, Stühle, gute Küche 7-8 298.— Schäfer, Boxhagenstr. 27.

Parteilokal zu verkaufen zu erfragen von 4 Uhr an bei Wegner, Schulstraße 104 Qgd. 4 Trp.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, nur neue Schmirgelleinen jeden Posten kauft Henschel, Rostocker Straße 22, Moabit.

Spiralbohrer, Werkzeuge nur neue, Motore, Schreibmaschinen, neue und gebrauchte kauft laufend Richard Berlin Moabit, Lübecker Str. 16.

SPIRALBOHRER neue! kauft jeden Posten Klapperck, Dresdner Straße 12.

Spiralbohrer, neue, kauft Buhr, Boxhagenstr. 66.

Elektromotore, Kabel Lieferung kauft Hagellora Kochstr. 66/61. Telephon Zentrum 12056.

Spiralbohrer Werkzeuge, jeden Posten kauft Baschhaus, Hutlinstr. 2.

Spiralbohrer, Metalle Quecksilber, Leitungsdraht kauft laufend Klempner Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 7.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Werkzeuge aller Art kauft dauernd Werkzeughandlung Rostocker Str. 31.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen usw. kauft dauernd jeden Posten zu allerhöchsten Preisen Pesenecker, Neue Königstraße 38, Hof links links, am Alexanderplatz.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen k. Frick, Reinickendorf, Sommerstr. 45, am Bahnhof Schönhaus, Reinickendorf 2113.

Schnellaufbohrer, neue kauft laufend und zahlt höchste Preise. Stibbe, Pankow, Westerlandstr. 18.

Spiralbohrer (neue) aus Werkzeug und Schnellstahl (konisch) kauft laufend jeden Posten gegen Kasse Mangelsdorf, Gleimstraße 38 II. Fernruf Norden 10432. Geschäftszeit 2—7 Uhr.

Spiralbohrer und andere Werkzeuge kauft, höchst zahlend jed. Posten, Seliger Steglitz, Schöneberger Str. 1.

„Spiralbohrer" aus Werkzeug- und Schnellstahl Schmirgelleinen, kauft jeden Posten Winkelmann, Schönhauser Allee 167a.

„Spiralbohrer" aus Schnellstahl S. S., nur neue Ware kauft laufend gegen Kasse Meetzer A. Kirchhof, Restaurant Stallschreiberstr. 24-27.

Arbeitsmarkt

3 zuverl. Botenfrauen werden sofort eingestellt. Freiheit, Schiffbauerdamm 19.

„Kernstück Former" auf Figuren, Stunde 3.50 Lohn und mehr, verlangt W. Nieke Stallschreiberstraße Nr. 18. Telephon: Moritzplatz 661.

Großen Erfolg haben selbst die **Kleinen Anzeigen** in der „Freiheit"

Vergnügungs-Palast „Groß-Berlin"

früher: Kilams Festsäle.

Heute, Dienstag, den 27. u. Donnerstag, den 29. Mai (Himmelfahrtstag)

Großer Ball!

KUNST-ABEND

zur Unterstützung politisch Gefangener.

Am Mittwoch, den 28. Mai in den Frucht-Sälen des Ostens Frankfurter Allee 43.

Mitwirkende: Gertrud Eysold (Deutsches Theater). — Fichte-Georgiade (M. d. D. A.-S.-B.) — Erstklass. Tonkünstler-Orchester. — Konzert-Flügel der Firma C. Bechstein.

Anfang 7 Uhr. Karten 1,50 Mk.

Musikanruf Uhland 972 Erstklassige Musiker, Pianisten, Geiger, Kapellen Blas- und Streichmusik in jeder Besetzung für Bälle, Vereine, Hochzeiten u. Privatgesellschaften. Gewissenhafte und zuverlässige Ausführung. **Otto König, Kapellmeister,** Berlin-Wilmersdorf, Johannisberger Str. 5. Fernruf Uhland 972.

Säle frei!

Auch Sonnabends und Sonntags für Vereine Gesellschaften, Versammlungen.

Kellers Festsäle Koppenstraße 29. Norden 9895 u. 9262.

Buchhandlung

Proletkult

(Proletarische Kultur)

Kanonierstrasse 2 (an der Mauerstrasse).

Sozialistische Literatur, Kommunismus, Revolutionsgeschichte, Marx, Engels, Mehring, Lenin, Lunatscharski, Dostojewski, Tolstoi, Becher, Carl Einstein, Wertel u. a. m. Die Zeitschriften: „Die Aktion", „Die Erde", „Der Gegner", „Der Anbruch", „Die lange Garde". Expressionistische Bilder.

Gegen Streichung von Seife bei der Lebensmittelkarte kann bei Dienstag, den 27. d. Mts. ab 1 Pfund Seifenpulver bezogen werden. Der Preis für 1 Pfund beträgt bei Abgabe in Packungen 0,80 M., bei Ausgabe ohne 0,75 M. Die verbleibenden Seifenbestände sind bis zum Freitag, den 30. d. Mts. im Zimmer 401 des Rathauses anzumelden.

Spandau, den 25. Mai 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Margarinekarteninhalt 3 der Lebensmittelkarte ist noch Margarine für folgende Geschäfte zu haben:

Kochow, Wilhelmstadter Str. 4. Gerlich, Kaiserstr. 4. Gastrowski, Pulsnitzer Str. 15. Schäfer, Gilbeckstr. 109. Weigt, Klosterstr. 18. Schwanke, Schönwalderstr. 55. Schmalz, Hohenzollernstr. 2. Mind, Weingartenstr. 2. Hanuschke, Mittenwalderstr. 14. Simon, Tegelerweg 4. Gelle, Siemensstr. 7. Zweler, Gerichtstr. 94. Beerst, Wilhelm-Berlin, Poltzhamer Str. 22. Kobiom, Siegfeldter Str. 64. Eberle, Schönwalderstr. 15/14. Knorb, Buchholzer Str. 10. Wilhelm, Wiesenstr. 49. Jurczynski, Jungfernstieg 8. Kerner, Seegefeldstr. 110. Sibik, Mathis 18. Schulz, Hohenzollernring 102. Kloch, Blumenstr. 56. Kohl-Gerrin Holzhauer, Feldgerichtstr. 7. Mansel, Neuenburgerstr. 14. Kirbecht, Berbergstr. 52. Günther, Geibelstr. 25.

Spandau, 24. Mai 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt 13 der Einfuhrzusatzkarte ist noch Auslandsschmalz in folgenden Geschäften zu haben:

Krüger, Hermannstraße 2. Lucker, Hennigsdorfer Straße 114. Hiemann, Hohenzollernstr. 49. Hanig, Berberplatz 1. Kamnek, Wengeserstraße 26. Bergmann, Ruthenstraße 24. Hilber, Wilhelmstraße 7. Müller, Hohenzollernstraße 94. Weigt, Klosterstraße 49. Hanschke, Pionierstraße 20. Tuchel, Hohenzollernstraße 106. Schneider, Hennigstraße 48. Gomolas, Glatzerstraße 20. Wolfenzinger, Heidemannstr. 26. Erbert, Kolberstraße 19. Reichelt, Körnerweg 6. Jacobschek, Pichelsdorfer Str. 20.

Spandau, den 26. Mai 1919. Der Magistrat.

Zentralstelle f. Einigung d. Sozialdemokratie,

Bezirk Rixdorf-Neukölln.

Mittwoch, 28. Mai 1919, abends 7½ Uhr, in der Schulaula, Jüterbogerstraße 37:

Bezirks-Versammlung.

Tagesordnung: Die proletarische Einheitsfront.

Referenten: Dr. Simmel (S. P. D.), Karl Neumann (Bezirksleiter, U. S. P.).

Entscheidende Diskussion.

Sozialisten, erscheint alle!

Die Bezirksleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83-85. Geschäftsstunden von 9—1 Uhr und 4—7 Uhr. Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Mittwoch, den 28. Mai 1919, abends 6 Uhr

Gruppen-Versammlung der Werkzeugschleifer

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 5).

Tagesordnung:
1. Besprechung des Reallohnvertrages.
2. Verschiedenes.

Die äußerst wichtige Tagesordnung erfordert zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Kommunistische Mitglieder-Versammlung

Dienstag, den 27. Mai, 7 Uhr in den Pharussälen, Müllerstraße 142.

Thema: **Wissenschaftlicher Vortrag über die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft.**

Referent: Neumann.

Propaganda-Verein für Internat. Kommunismus.

Mitgliederversammlung: Mittwoch, 28. Mai, abends 7 Uhr, Volksschule, Sophienstraße 25 a. Vortrag des Gen. Julian Borchardt: **„Gegen den Bürgerkrieg".** Gäste willkommen. J. A.: Paul Sut, Hüttenstraße 10.

Zähne v. 3 M. an mit echtem Friedens-Kautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben. Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse u. Reparat. sof. **Zahnziehen** mit Betäubung. Billige Preise ev. Teilzahlung. D. A. Löser Nr. nur Elsasser Str. 39 nahe Friedrichstr. 1-7, Sonst. 1-1

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Galvaniseur

Louis Striegel,

Mathiesstr. 16, am 21. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Jakobi-Kirchhofes in der Hermannstr. aus statt. Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen der Schlosser

Alfred Ullrich,

Eisenstr. 41, am 22. d. M., der Klempner

Albert Klatt,

Ansbacher Str. 24/5, am 12. d. M. gestorben sind. Ehre deren Andenken!

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meines unvergeßlichen Mannes des Leutnant d. R. a. D.

Heinrich Dorrenbach

sage ich allen, insbesondere den Genossen, die an seinem Grabe in ehrenden Worten seiner gedachten, hiermit meinen tiefgefühlten Dank.

In Namen aller Hinterbliebenen **Ellen Dorrenbach** geb. Hartmann.

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner innig geliebten Frau und herzens guten Mutter

Luise Goetze

sage ich allen Beteiligten, insbesondere der 3. Abteilung, Betrieb 809, 511—513, sowie dem Genossen Harndt für seine trostreichen Worte meinen herzlichsten Dank.

Alfred Goetze u. Sohn.

Parteisekretär

für den Kreisverein Hamburg der U. S. P. zum baldigen Antritt gesucht. Bewerbungen sind mit einer schriftlichen Arbeit über die Aufgaben eines Parteisekretärs bis zum 1. Juni an das Parteibüro, Fehlandstr. 46 I., mit der Kuvertaufschrift „Bewerbung" zu richten.

U. S. P. Hamburg.

Steindruck-Hilfspersonal

Nur arbeitsloses Personal — Steinschleifer, Stoßträger, Anlegerinnen, Bogenfängerinnen

kann sich melden im Arbeitsnachweis Alte Jakobstr. 5 II. II in der Geschäftszeit von 8—12 Uhr vormittags und 4—6 Uhr nachmittags.

Die Arbeitsnachweisverwaltung.

Sozialisten — Kommunisten!!

Eure Pflicht und höchste Zeit ist es, Klarheit über die vollst. Sozialisierung zu verbreiten. Wer die Schrift von E. Sonnenberg „Nur für Nichtausbeuter" gelesen hat, der kann es. Die Zellenaussprachen machen die Diskussion besonders leicht. Einz. 0,25, 5 St. 1,00 M. Jeden Dienstag ab 7½ Uhr, ist der Verfasser Berliner Straße 20 (Patzenhofer) im A. B. f. s. S. anwesend. — Gäste stets willkommen.

Achtung!! Achtung!!

Arbeiter-Sport.

Heute erscheint Nr. 3 des „Arbeiter-Sport", Organ für sanit. Sportarten u. Körperpflege.

Die Vereine werden gebeten, heute um 2 Uhr die Bestellungen abzuholen.

Die Arbeiterschaft wird gebeten, für regen Vertrieb Sorge zu tragen.

Expedition u. Verlag Köpenicker Str. 188, Hof I Tr. r.

Vereinigung der Rechtsfreunde

Berlin N 24, Friedrichstr. 127, nahe Karlstraße die Rechtsauskunftei d. großen Publikums! Auskunftabteilung — Sprechzeit 9—8 Uhr. Bisher gegen 120000 Ratsuchende.

Achtung! Achtung!

Alkoholfreie Getränke!

(Selter und Brause-Limonaden)

Sofort frei ins Haus ringfrei

Gastwirten, Arbeiter- u. Angestellten-Kantinen

L. Tessel Nachf., Berlin N, Müllerstraße 156a

Telephon: Moabit 2999.

Ledebour vor den Geschworenen

Der Prozeß gegen den Genossen Ledebour wird immer mehr zu einer Anklage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, deren Doppelspiel immer deutlicher enthüllt wird. Der Prozeß richtet sich gegen einen Mann, dem man im schlimmsten Falle nachsagen kann, daß er auf revolutionärem Wege die bisherige Regierung beseitigen wollte, dieselbe „Schuld“ also auf sich geladen hat, wie die heutigen Machthaber; wobei man höchstens den einen Unterschied machen könnte, daß Ledebour alles an die Erreichung seines Zieles gesetzt hat, während die Ebert-Scheidemann erst gekommen sind, als es nichts mehr zu verlieren gab, um dann die Früchte des revolutionären Sieges zu genießen. Nichts konnte unsere politischen Zustände besser kennzeichnen als dieser Prozeß. Eine „revolutionäre“ Regierung läßt alle Paragraphen der alten Klassenjustiz spielen, um einen Revolutionär aburteilen zu lassen. Hochverrat, Aufreizung zum Klassenhaß, bewaffnete Erhebung und wer weiß, was sonst noch alles soll Ledebour verübt haben. Und zum Richter über ihn sind Vertreter derselben Bourgeoisie gesetzt, gegen die sich die Erhebung im November ebenso wie die weiteren revolutionären Bestrebungen gerichtet haben. Die Ebert-Scheidemann werden allerdings keine Gewissensskrupel über ihr Doppelspiel haben; sie sitzen in der Macht und glauben ganz fest darin zu sitzen. Aber sie sollen sich nicht täuschen. Die bürgerliche Klassenjustiz kann mit juristischen Zwirnsfäden vielleicht für einen Tag die proletarische Revolution hemmen, wirkliche Fesseln kann sie ihr nicht anlegen und am Ende wird auch der Ledebour-Prozeß nur ein Zwischenspiel bleiben, das bald von der revolutionären Entwicklung überholt sein wird.

Was die einzelnen Prozeßvorgänge betrifft, so ist es zunächst aufgefallen, daß dem Angeklagten bei seiner verantwortlichen Vernehmung ein ungewöhnliches Maß von Redefreiheit gewährt wurde. Diese scheinbare Vergünstigung ist vom Standpunkt des kriminal-psychologisch geschulten Vorsitzenden sehr überlegt und berechnet. Zunächst machte diese Redefreiheit den erwünschten Eindruck der Objektivität für die Oeffentlichkeit, sodann aber — und das ist das wesentliche — war es bei dem bekannten Charakter und Temperament Ledebours nur zu wahrscheinlich, daß er, je ungehemmter er sich nach viermonatlicher Haft aussprechen durfte, um so eher eine Anzahl Aeußerungen tun würde, die sich im Sinne der Anklage verwenden und festnageln lassen würden. An einem Verhör, das Ledebour als ein prophylaktisches kennzeichnete, hat der Vorsitzende versucht, den Angeklagten festzulegen, aber es war ein Versuch am untauglichen Objekt. Der Angeklagte merkte die Absicht, wurde verstimmt und verwahrte sich auf das entschiedenste gegen derartige Experimente.

In die Vernehmung des Angeklagten fällt nun die erste Merkwürdigkeit der Hauptverhandlung. Das Gericht beschloß auf Antrag der Staatsanwaltschaft, vor den Geschworenen einen Artikel aus dem „Dresdner Kommunisten“ vom 19. Januar 1919 zu verlesen. Die Handlungen, die Ledebour verschuldet haben soll, fallen in die erste Januarwoche, der politische Standpunkt Ledebours ist durchaus nicht mit dem „Dresdner Kommunisten“ identisch. Aber das kümmert weder Staatsanwaltschaft noch Gericht. In dem Artikel wird die Besetzung von Zeitungen gefordert und im Anfang Januar sind in Berlin tatsächlich Zeitungen besetzt worden. Folglich gehört der Artikel zur Verhandlung. Das ist die Logik des Gerichts. Diese Hineinziehung ist um so schärfer zu kritisieren, als das Gericht während der Beweisaufnahme die Verteidigung beschränkt hat. Nachdem stundenlang die „Vorwärts“besetzung erörtert worden ist, hat das Gericht nicht zugelassen, auf gewisse Vorgänge bei und nach der „Vorwärts“besetzung, nämlich auf die Nachforschungen des Vaters nach dem ermordeten Fernbach, einzugehen. Das Gericht hat dagegen einen Ueberfall auf das Postamt am Schlesischen Bahnhof den Geschworenen vorgeführt, obwohl für den Zusammenhang mit dem Angeklagten Ledebour auch nicht der Schatten eines Beweises erarbeitet war. Die bürgerliche Presse wird wie im Prozeß gegen die Mörder Liebknechts und Luxemburgs diese Vorkommnisse als unwesentliche Mißgriffe hinzustellen suchen. Wir aber wissen, daß in diesem Vorgehen System liegt. Im Hochverratsprozeß gegen Liebknecht, Bebel und Heyner wurde mit denselben Methoden auf die Geschworenen eingewirkt. Damals wurde in Leipzig gleich das ganze kommunistische Manifest verlesen. Damals mußte sich Wilhelm Liebknecht dagegen verteidigen, daß der Gießener Polizeibericht verlesen wurde, der von der Verschwörung Babeufs ausging, und daß mit den Ansichten eines Mannes, der dreißig Jahre vor Liebknechts Geburt hingerichtet wurde, die Abneigung der Geschworenen gegen Liebknecht erzeugt werden sollte. Unser Gerichtsverfahren hat sich jetzt dahin vervollkommnet, daß gegen den Angeklagten Ledebour mit einem Aufsatz, der einige Wochen nach den zur Anklage stehenden Vorkommnissen veröffentlicht wurde, gearbeitet worden ist.

Für die Beweisaufnahme ist es sodann typisch, daß zunächst die Besetzung des „Vorwärts“, des Wolffschen Telegraphenbureaus, die Raubanfälle auf ein Postamt und ähnliche Vorkommnisse erörtert wurden, bevor der ursächliche Zusammenhang mit der Tätigkeit des Angeklagten festgestellt worden ist. Das gesunde Rechtsempfinden hätte es gefordert, daß in erster Reihe festgestellt wurde: was hat der Angeklagte getan, und in zweiter Linie erst: was hat sich daran angeschlossen.

Am deutlichsten tritt dieses Bestreben, mit den Anschauungen der heutigen Machthaber parallel zu gehen, in der Behandlung der Haftentlassungsanträge der Verteidigung durch das Gericht zutage. Staatsanwaltschaft und Gericht wurden nicht müde, immer wieder zu versichern, wie sehr sie bedauern, den Angeklagten bei seinem hohen Lebensalter in Haft behalten zu müssen. Das Strafrecht des kaiserlichen Rußland enthielt die Bestimmung, daß Personen über 70 Jahre nicht verfolgt werden dürften. Dem deutschen Recht ist dieser humane Gedanke noch fremd. Um so mehr wäre es die Pflicht der Richter, die Härte des bestehenden Rechts in dem Rahmen des richterlichen Ermessens nach Möglichkeit zu mildern. Die Verhandlung auf freiem Fuße hätte dem Angeklagten ermöglicht, durch Rückkehr in seine Wohnung sich während der wochenlangen Verhandlungen einige körperliche Erleichterungen zu verschaffen. Hier mußte es sich zeigen, ob juristisches Handwerk im Dienste der Obrigkeit, oder freies Menschentum und starkes Rechtsempfinden die Entscheidungen diktierten. Das Gericht selbst hat es als glaubhaft bezeichnet, daß der Angeklagte zu den Verhandlungen erscheinen würde, dennoch hat es sich auf den Standpunkt der Staatsanwaltschaft gestellt und den Angeklagten in Haft behalten.

Bei der Debatte über die Haftentlassungsanträge kam es zu den heftigsten Zusammenstößen. Die Maske der konventionellen Höflichkeit fiel, und der ganze Haß, dessen sich die Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten bei der Bourgeoisie erfreuen, kam zum Durchbruch.

Was der Prozeß bisher gebracht hat, ist nur ein Auftakt. Aber das Proletariat weiß, was es zu erwarten hat. Es darf die Besonnenheit nicht verlieren, wenn es durch die Vorgänge noch so sehr herausgefordert werden wird. Es muß sich in Ruhe vorbereiten auf seine Stunde.

•

Sechster Verhandlungstag.

Zu Beginn der Verhandlung beantragt Rechtsanwalt Herzfeld die Verlesung der Erklärung, die anläßlich der ersten Besetzung des „Vorwärts“ im Dezember von den revolutionären Obleuten und Vertrauensleuten abgegeben worden ist. Staatsanwalt Byse hält die Verlesung für unerheblich. Rechtsanwalt Rosenfeld versucht die Haltung der Staatsanwaltschaft um so weniger, als die Anklagebehörde die Verlesung aus dem Dresdner „Kommunisten“ veranlaßt hat. Ledebour: Für die Erheblichkeit der Verlesung ist ausschlaggebend, daß Herr Heine in der Weimarischen Landesversammlung unbedingt behauptet hat, daß ich die Besetzung des „Vorwärts“ veranlaßt habe. Zum Beispiele ihres blühenden Vorgehens folgend, sucht die Anklagebehörde mir die Besetzung des „Vorwärts“ in die Schuhe zu schieben. Nur wenn die Staatsanwaltschaft redlich erklärt, daß sie die Ueberzeugung gewonnen hat, ich hätte mit der „Vorwärts“-Besetzung nichts zu tun, dann könnte von dieser Verlesung des Aufrufs der revolutionären Obleute Abstand genommen werden. — Staatsanwalt Zumbroich: Von einer Reue der Staatsanwaltschaft kann nicht die Rede sein. Ich stimme jetzt dieser Beweiserhebung zu, beantrage aber gleichzeitig, den Leitartikel des „Vorwärts“ vom selben Tage zu verlesen.

Das Gericht beschließt nunmehr die Verlesung. Aus ihr ergibt sich, daß die revolutionären Obleute die damalige Besetzung des „Vorwärts“ nicht veranlaßt haben und die Redaktion erkennt ausdrücklich an, daß sie aus den Verhandlungen die gleiche Ueberzeugung gewonnen habe. In dem folgenden Leitartikel beruft sich der „Vorwärts“ darauf, daß er

die große Masse der Berliner Arbeiterschaft hinter sich habe,

während die Kommunisten und die Unabhängigen nur kleinere Gruppen seien.

Als erster Zeuge wird sodann der Obermeister Fabricius von Illtzen vernommen. Er schildert die bekannten Vorgänge bei der Besetzung. Der technische Leiter Max Feldt von Büxenstein berichtet über die Besetzung der Büxenstein'schen Druckerei. Aus den Bekundungen der beiden Zeugen geht in Uebereinstimmung auch mit früheren Aussagen anderer Zeugen hervor, daß die eigentliche revolutionäre Besatzung alles Gesindel sich fern von Plünderungen gehalten hat und daß die Eigentumsvergehen, die gelegentlich dieser Besetzungen vorgekommen sind, in den Zeitungsräumen selbst oder in den anstoßenden Privatwohnungen

von Mitläufern ohne politischen Zweck verübt worden sind.

Zeuge Feldt war auch im „Vorwärts“-Gebäude, um sich für den Büxenstein'schen Betrieb eine Druckerlaubnis von dem sogenannten Revolutionstribunal zu holen. Er hat verschiedene Personen dabei kennen gelernt, aber den Angeklagten Ledebour hat er nie gesehen, er sieht ihn jetzt zum erstenmal.

Aus der Haft wird der Sekretär des Roten Soldatenbundes Fröhlich vorgeführt. Er bekundet, daß ein Polizeispitzel Alfred Roland zwei Schreibmaschinen aus der Büxenstein'schen Druckerei gestohlen und in das Bureau des Roten Soldatenbundes gebracht habe. Fröhlich hat die Maschinen sobald als möglich zurückbringen lassen. Der Zeuge Feldt bestätigt auch, daß nach der Wiedereroberung alle Schreibmaschinen vorgefunden wurden. Fröhlich gibt weiter an, daß der

Roland in Verbindung mit den Kommandanten Klabunde und Filcher

gestanden hat. Er habe sich an die revolutionären Soldaten und Arbeiter herangedrängt und alle deren Bewegungen den Behörden eifrigst mitgeteilt. Am Tage der „Vorwärts“-Eroberung ist ein Regierungssoldat, der ein früherer Arbeitsgenosse des Fröhlich war, zu diesem auf das Bureau des Roten Soldatenbundes gekommen mit der Warnung, das Haus sofort zu verlassen, da Leutnant Lachmann, der Führer der Regierungstruppen, seine Leute dahin instruiert habe, daß bei der Festnahme

Fröhlich und die übrigen Führer des Roten Soldatenbundes niedergemacht

werden sollten. Nach anfänglicher Weigerung verließ der Zeuge das Bureau und kam gerade bei Büxenstein vorbei, als die Besatzung gefangen, mit erhobenen Händen hinausgetrieben wurde. Er sah, wie die Leute schwer mißhandelt wurden und einer niederstürzte. Die Empörung des Publikums über diese Grausamkeiten und Roheiten der Regierungstruppen war sehr groß.

Fröhlich fährt fort: Ich ging dann durch die Markthalle zur Lindenstraße, wo gerade die „Vorwärts“-Besatzung mit hochgehobenen Händen aus der rechten Seite der Straße aufgestellt wurde. Zur Besatzung gehörten Männer und Frauen.

Sie wurden schwer mißhandelt und in den Rinnsteinen geschmissen.

Vorsitzender: Ich kann die Erörterung dieser Einzelheiten nicht als zur Sache gehörig betrachten. Die Staatsanwälte Zumbroich und Byse halten gleichfalls eine Erörterung dieser Vorkommnisse für den Prozeß Ledebour für belanglos. Rechtsanwalt Rosenfeld hält aber die Erörterung dieser Vorgänge zur Aufklärung über die Stimmung bei den Regierungstruppen für durchaus wesentlich. Die Staatsanwaltschaft habe Dinge in den Prozeß getragen, die zeitlich viel später entstanden sind, um daraus Rückschlüsse ziehen zu können. Die Verteidigung befinde zu Recht darauf, daß der Zeuge weiter befragt würde. — Fröhlich: Ein Offizier sah dort einen brutalen Ausspruch. Rechtsanwalt Liebknecht: Wie hieß dieser Offizier? Fröhlich: Man sagte mir, es sei Graf Wellarp. Staatsanwalt Zumbroich: Wir kommen mit dieser Erörterung ins Uferlose. Rechtsanwalt Rosenfeld: Wenn der Zeuge sich nicht weiter äußern darf, so müssen wir hierüber einen Gerichtsbeschluß erbitten. Rechtsanwalt Liebknecht: Was für einen Ausdruck brauchte der Offizier? Fröhlich: Euch Spartakisten reißen wir den Arsch auf bis zum Siebtragen. — Rechtsanwalt Zumbroich: Diese Angaben haben mit dem Prozeß Ledebour gar nichts zu tun. Sie gehören in ein Verfahren wegen Mißhandlungen der Besatzungen. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Diese Untersuchung würde vor einem Kriegsgericht stattfinden, und was wir dem militärgerichtlichen Verfahren halten, ist bekannt. Diese Vorgänge gehören durchaus zum Prozeß Ledebour. Sie lassen einen Rückschluß zu, auf die Art, wie man die Vergleichsverhandlungen betrieb. Staatsanwalt Byse: Es könnte manchmal aus der Beantwortung der Fragen der Eindruck erweckt werden, als ob etwas vertuscht werden sollte. Der Herr Verteidiger gehört doch der parlamentarischen Untersuchungskommission an. Diese wird die genügende Aufklärung schaffen. Für den Prozeß Ledebour halte ich diese ganzen Erörterungen für unerheblich und nur geeignet, uns aufzuhalten.

Ledebour: Graf Wellarp ist erst nach meiner Verhaftung in Aktion getreten. Er ist als Belastungszeuge von der Staatsanwaltschaft geladen. Seine Auslagen erscheinen in einem höchst eigentümlichen Licht. Auf meine und meiner Verteidiger Fragen, ob er die Mißhandlungen der Leute gesehen oder von ihnen gehört habe, hat er bekundet,

daß er gar nichts gesehen, und gar nichts gehört hat.

Auf meine Frage nach den kurz erschienenen Parlamentären hat Graf Wellarp zunächst gesagt, er wisse von nichts. Auf die Frage, ob er von der Erschießung der Parlamentäre gehört habe, antwortete er: Nein! Schließlich räumte er ein, in den linksstehenden Zeitungen davon gelesen zu haben. Meine weitere Frage, ob er nunmehr darüber mit seinen Kameraden gesprochen habe oder sonstwie nach den Parlamentären gefordert hätte, hat er gleichfalls mit Nein beantwortet. Graf Wellarp hat hier die menschlich-wahrscheinlichsten Dinge unter seinem Eide bestritten. Nun hören wir von diesem Zeugen, welchen handfesten Ausdruck . . . Vorsitzender: Diese Ausdrucksweise ist nicht zulässig. — Ledebour: Ich verlange also die nochmalige Vorladung des Grafen Wellarp und seine Gegenüberstellung mit dem Zeugen Fröhlich. Sodann wende ich mich mit einem

Appell an die Oeffentlichkeit:

Es müssen noch eine Reihe Zeugen der Vorgänge vorhanden sein, die bei der Abführung der Vorwärtsbelagung zur Dragonerkaserne zugegen waren. Ich bitte diese Zeugen sich bei uns zu melden, sie müssen vorgeladen und hier als Zeugen vernommen werden. Wir brauchen sie zur Charakterisierung des Wellarp. Dieser Mann, auf dessen Aussage ich nicht einen Pfifferling gebe, war der Führer der Belagerungstruppen gegen den „Vorwärts“. Er ist von der Anklagebehörde als Belastungszeuge gegen mich genannt, ich muß seine Angaben widerlegen. Wie von dem Herrn Vorsitzenden der Versuch gemacht wird, die volle Vernehmung des Zeugen Fröhlich nicht zuzulassen, ist mir unerklärlich.

Vorsitzender: Das Gericht wird bereiten, wie weit die Fragen an den Zeugen Fröhlich wegen der Mißhandlungen auszudehnen sind. — Rechtsanwalt Liebknecht: Es geht nicht an, das Bild dadurch zu verzerren, daß man den Herren Geschworenen nur einen Teil der Vorgänge vorführt und den andern Teil beiseite läßt. Für die Beurteilung der Vergleichsverhandlungen ist es von Erheblichkeit, wie sich die Gegenseite verhalten hat, wer ein Blutvergießen vermeiden wollte und wer ein solches herbeigeführt hat. Es ist von Bedeutung, festzustellen, ob die Regierungstruppen aufgepeitscht und

mit bedenklichen Mitteln in eine künstliche Wut hineingetrieben worden sind.

Das Gericht beschließt, daß Graf Wellarp nochmals zur Aussage des Fröhlich gehört werden soll. Es behält sich vor, dabei zu entscheiden, wie weit die Vernehmung der Zeugen auszudehnen ist.

Obermaschinenmeister Lauche von Mosse macht ähnliche Bekundungen über die Besetzung des Zeitungsgebäudes Mosse, wie die bereits vernommenen Zeugen aus den anderen Zeitungsbetrieben. Auch hier haben die Revolutionäre sich in einwandfreier Weise bemüht, Plünderungen am privaten Eigentum zu verhindern. — Dem Zeugen Lauche werden sodann eine Anzahl Bilder vorgelegt, welche Kampfszenen aus den Besetzungstagen darstellen sollen. Der Zeuge erkennt die Gebäude und die Barrikaden wieder. Die Photographien werden auf Veranlassung des Vorsitzenden den Prozeßbeteiligten, den Geschworenen und Ledebour herumgereicht. Ledebour: Mir fällt es auf, daß diese Kampfszenen so wirken, als ob sie

künstlich gestellte Potemkinsche Dörfer seien.

Die Bilder werden nun von allen betrachtet und sogar bei den Geschworenen scheint sich der Eindruck zu verbreiten, daß die Vermutung Ledebours, daß die Kampfszenen nach der Eroberung aufgenommen seien, innere Wahrscheinlichkeit für sich hat. — Staatsanwalt Zumbroich überreicht, um diesen unerwünschten Eindruck zu verwischen, zwei weitere Photographien, auf denen der Kommandant des Mosse-Hauses Truch zu sehen ist. — Ledebour (in Erwägung): Es gibt auch von mir Photographien, die Sonnen Sie auch vorlegen. — Rechtsanwalt Herzfeld: Es muß festgestellt werden, ob die Bilder wirkliche Aufnahmen aus der Besetzungszeit sind oder später zur Sensation gemacht worden sind, um die Geschworenen zu beeinflussen. — Staatsanwalt Zumbroich (erregt): Die Staatsanwaltschaft hat die Bilder nicht bestellt, sie sind ihr unaufgefordert von dem Hause Mosse zugeschickt worden. Die Staatsanwaltschaft weist die Anschuldigung des Herrn Verteidigers mit Entrüstung zurück. — Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Mein Herr Mitverteidiger, Dr. Herzfeld, hat eine derartige Anschuldigung, wie der Herr Staatsanwalt behauptet hat, gar nicht erhoben. Es liegt uns nur daran, zu ermitteln, wann und unter welchen Umständen die Bilder entstanden sind. Ich bitte den Photographen zu laden. — Das Gericht beschließt die Ladung der Photographen.

Zeuge Kond. jur. Appelt gehörte zur Besatzung des Mosseschen Hauses. Er ist wegen dieser Beteiligung rechtskräftig zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Er hat an den Demonstrationen gegen die Absetzung Eichhorns teilgenommen, ist mit der Menge vor das Polizeipräsidium gezogen und hat Ledebour dort vom Balkon sprechen hören. Nach der Rede Ledebours seien in seinem Umkreis Stimmen der Enttäuschung über Ledebours Verhalten laut geworden. Man habe gesagt, solch schöne Gelegenheit findet sich nicht wieder. Ledebour hätte direkt zum Aufstand auffordern müssen. Es ertönten Rufe: Gebt uns Waffen! — Vorsitzender: Was war denn der Inhalt der Rede des Herrn Ledebour? — Appelt: Der Schluß der Rede des Herrn Ledebour ging dahin,

daß die Menge nach Hause gehen, aber die Augen offen halten sollte.

Ledebour habe die Menge nicht zur Bewaffnung aufgefordert. Am Montag sei er in das Mosseshaus gekommen. Am Dienstag morgen habe er mit den revolutionären Arbeitern gesprochen, die entrüstet darüber waren, einmal weil Ledebour und Dänning sich gegen die Besetzung der Zeitungsbetriebe ausgesprochen hatten und sodann, weil Ledebour sich in Vergleichsverhandlungen mit der Regierung eingelassen habe, sollte auf der Grundlage einer freiwilligen Räumung der Betriebe. In den

folgenden Tagen sei es mehrfach zu Kämpfen gekommen. In der Nacht vom 7. zum 8. war ein Waffenstillstand geschlossen, bei dem auf der Basis der Gleichberechtigung jeder der kämpfenden Parteien der Sicherheitsdienst in bestimmten Straßenteilen zugewiesen wurde, um die Plünderungen, die sich häuften, zu verhindern. Am Sonnabend vormittag wurde

ein zweiter Waffenstillstand zwischen Leutnant Bachmann

für die Regierung und Wingerling, Stallschreiber und mir für die revolutionäre Besatzung geschlossen. Bei ausdrücklicher Zusicherung seiner Sabotage unsererseits wurde uns ehrenvoller Abzug und Behandlung zugebilligt. Wir erhielten einen Vertrag, der die Unterschriften Ebert und Scheidemann trug. Wir sollten wie Kriegsgefangene behandelt werden. Die übrige Mannschaft hatte Mißtrauen. Wir aber glaubten damals und so übergaben wir uns der Regierung. Wir wurden zunächst in die Reichskanzlei gebracht und gesondert von den übrigen Gefangenen gehalten. Dann wurde uns

der Vertrag unter dem Vorwande einer Prüfung abgenommen.

Als wir ihn zurückforderten, wurden wir mit Kolbenstößen traktiert, in den Keller gesperrt und am nächsten Tage nach Moabit gebracht.

Vorsitzender: Hatten Sie Tote bei den Kämpfen? Appelt: Zwei Mann sind gefallen, ein Samariter ist von den Regierungssoldaten beim Auflesen der Verwundeten gefangengenommen, in ein Haus geschleppt und totgeschlagen worden, ein anderer ist schwer mißhandelt worden. — Vorsitzender: Hatten Sie Minen im Moabiter Haus angebracht. Appelt: Keineswegs. Wir hatten nur das Gerücht ausgestreut, um uns 14 Mann vor der Uebermacht der Regierungstruppen behaupten zu können.

Dem Zeugen Appelt wurden nunmehr die Photographien welche angeblich Kämpfe beim Moabiter Haus darstellen sollen, vorgelegt. Bei den Photographien, bei denen es sich um keine Kampfhandlungen handelt, und auf denen Dach zu sehen ist, gibt der Zeuge an, daß sie während des Waffenstillstandes aufgenommen sind. Bezüglich der Kampfbilder bestätigt der Zeuge, die Vermutung Ledebours, daß es sich um gestellte Aufnahmen nach der Besetzung durch die Regierungstruppen handelt. Der Zeuge kann dies an den Ausrüstungsgegenständen der aufgenommenen Personen, Stahlhelmen, welche die Revolutionäre nicht hatten, nachweisen. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Haben Sie nicht einen offenen Brief an Herrn Ebert geschrieben? Vorsitzender: Diese Frage kann ich nicht zulassen. Ledebour: Für mich ist aber diese Frage von großer Bedeutung. Ich behaupte, die Regierung hat meine Immunitätsrechte als Unterhändler in schnöder Weise verletzt. Die Regierung hat der Moabitbesatzung die Behandlung als Kriegsgefangene zugesagt.

Die Illoyalität und Treulosigkeit der Regierung,

die sie in allen Verhandlungen, auch gegen meine Freunde gezeigt hat, wird in das klarste Licht gerückt. Wie sie mich während der Verhandlungen verhaften ließ, so hat sie durch die Auslegung und Beseitigung des Vertrages im Falle Appelt diesen und seine Freunde getäuscht.

Geheimrat Patschke von der Reichsdruckerei sagte über die bekannten Vorgänge bei der Besetzung der Reichsdruckerei aus. Es ergibt sich auch hier, daß wirkliche Werte, insbesondere Staatseigentum, nicht abhanden gekommen sind. Die Besatzung war durchaus bestrebt, Ordnung zu halten. Zwei Einbrecher, die sich miteingeschlichen hatten, wurden von der Besatzung bei dem Versuch, einen Geldschrank zu knacken, gefaßt und nach dem Polizeipräsidium geschafft. Oberbahnhofvorsteher Lehmann vom Schlesischen Bahnhof, berichtet über die bekannten Vorgänge am Schlesischen Bahnhof. Bruno Baillieul berichtet über die Verpflegung der spartakistischen Besatzung des Schlesischen Bahnhofs. Kaufmann Fröhlich vom Polizeipräsidium berichtet, daß das Polizeipräsidium schon vor dem 5. Januar stark befestigt war. Es ist aber möglich, daß diese Befestigung in der fraglichen Januarwoche noch verstärkt worden ist.

Der Zeuge Appelt wird noch einmal auf Wunsch des Angeklagten Ledebour vorgerufen. Bei diesen Erörterungen gibt Ledebour die Erklärung ab, daß die Unabhängige Partei als Organisation

nichts mit der revolutionären Erhebung der Januartage zu tun hatte.

Träger der Bewegung war die revolutionäre Arbeiterschaft Berlins, zu der allerdings gewisse örtliche Organisationen der U. S. P. D. gehörten. Am Sonntag abend fand die entscheidende Sitzung statt, an der auch Däumig teilgenommen hat. Däumig hat gegen unsere Beschlüsse gestimmt und es abgelehnt, sich an der Bewegung weiter zu beteiligen. Ledebour bringt durch Befragung des Zeugen Appelt zur Sprache, daß sich ein sogenannter rechter Flügel der Spartakisten gebildet hatte, der die Besetzung der Zeitungen mißbilligte. Ledebour: Ich erkläre hierbei ausdrücklich, daß zu den Personen, welche die Besetzungen der Zeitungen mißbilligten, auch mein Freund Karl Liebknecht gehörte.

Der Vorsitzende teilt nun mit, daß Leutnant Bachmann, der sich beim Grenzschutz-Ost befunden habe und später zur dritten und vierten Infanterie-Division gekommen sei, die Ladung nicht erhalten hat und nicht auffindbar sei. Rechtsanwalt Herzfeld: Ich ersuche die Staatsanwaltschaft, die Ermittelung mit der ihr in anderen Fällen so geläufigen Energie zu betreiben. Dieser

Bachmann ist ein Spitzel im Dienste des Herrn Noske.

Die Staatsanwaltschaft braucht nur bei Herrn Noske oder seinem Stabe anzufragen. Dieser Mann muß zu finden sein. Die Herren wissen doch, was ihre eigenen Agenten sich befinden. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Der Zeuge Bachmann hat in mehreren anderen Verfahren sich der Vernehmung zu entziehen gewußt. Es ist die Pflicht der Staatsanwaltschaft, hier einzuschreiten. — Rechtsanwalt Liebknecht: Es empfiehlt sich für die Staatsanwaltschaft, Bekanntmachungen in die Zeitungen zu setzen, daß alle Personen, die über den jetzigen Aufenthalt des Leutnant Bachmann Auskunft geben können, sich melden mögen.

Regierungsrat Dr. Weiß kann über die Zustände im Polizeipräsidium nur allgemeine Angaben machen. Auch er hat den Eindruck, daß die Rüstung nur verstärkt worden ist. Besonders schmerzlich ist es ihm, daß die Bibliothek des Präsidiums am letzten Tage zum Barrikadenbau verwandt worden ist. Die Möglichkeit, daß Regierungstruppen die Plünderungen ausgeführt haben, muß der Zeuge zugeben. Gewisse Beschädigungen der Türen seien aber mit Bestimmtheit auf die Spartakistische Besatzung zurückzuführen, weil sie offensichtlich zu Verteidigungszwecken vorgenommen worden seien.

Zum Schluß der Verhandlung fragt Rechtsanwalt Herzfeld den Vorsitzenden noch an, ob sich der Herr, der dem Zeugen Ascher den Angriff der Regierungstruppen mitteilte, als Zeuge gemeldet hat. Der Vorsitzende hat noch keine Nachricht erhalten.

Die Verhandlung wird auf Dienstag vertagt.

Kongreß sämtlicher Bekleidungs- und Instandsetzungsämter.

Am Montag wurde im Gewerkschaftshaus der Kongreß der Arbeiter und Angestellten sämtlicher Bekleidungs- und Instandsetzungsämter Deutschlands durch Lehmann-Berlin eröffnet. Außer den Delegierten der Aemter sind anwesend: je ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und Kriegsministeriums, Arbeiterratsvertreter verschiedener Großstädte, Vertreter des Schneider-, Schuhmacher-, Handlungsgehilfen- und Fabrikarbeiterverbandes.

In die Leitung des Kongresses werden gewählt: Seeberg-Berlin, Aschenbrenner-München und Haferstroh-Königsberg.

Den Tätigkeitsbericht des Fünferausschusses gab Willy Lehmann-Berlin. Der von dem im Dezember stattgefundenen Kongreß eingesetzte Fünferausschuß hat die Kongreßbeschlüsse der Regierung unterbreitet. Die Hauptforderung ist die Sozialisierung der Bekleidungs- und Instandsetzungsämter. Der Ausschuß hat u. a. mit Noske verhandelt. Der Reichswehrminister verhielt sich den Forderungen gegenüber schroff ablehnend. Er erklärte, daß der Fünferausschuß von ihm nicht anerkannt wird. Ueber die Sozialisierung lasse er sich keine Vorschriften machen; denn er

denke nicht daran, die Bekleidungsämter zu sozialisieren.

Der Regierung hat Noske die Forderungen der Arbeiterschaft nicht unterbreitet. In einer erneuten Eingabe hatte darauf der Ausschuß die Regierung nochmals auf die Mißstände in den Bekleidungsämtern hingewiesen und deren Umwandlung verlangt. Nach sechs Wochen ging ein Antwortschreiben des Kriegsministeriums ein, in dem unsere Hauptforderungen überhaupt nicht beantwortet worden sind. Die Verhandlungen hatten also ein negatives Resultat. In einer Besprechung erklärten Vertreter des Kriegsministeriums, daß die Bekleidungsämter noch drei bis vier Monate bestehen bleiben sollen, um die Entlassungsanzüge für unsere Kriegsgefangenen anzufertigen. Nach dieser Zeit soll der Abbau der Betriebe erfolgen. Es ist auch bereits dafür eine Kommission eingesetzt. Die Offiziere sind sämtlich in ihren Aemtern geblieben; aber die Arbeiter- und Betriebsräte hat man rechtlos gemacht oder überhaupt ausgeschaltet. Trotzdem die Regierung durch den Berliner Generalstreik zur Anerkennung der Arbeiter- und Betriebsräte auf wirtschaftlichem Gebiet gezwungen wurde, hat das Kriegsministerium in einer späteren Verfügung die Räte vollständig entrechtet und die Arbeiter auf den Beschwerdeweg verwiesen. Die Leitungen der Bekleidungsämter gehen mit allen Mitteln an die Entrechtung der Arbeiterschaft. Selbst das Koalitionsrecht wird beschränkt. So wurden in Spandau auf Grund des Belagerungszustandes Betriebsversammlungen des Bekleidungsamts III. A. K. verboten. Der dortige Arbeiterrat wurde durch das Freikorps Hülsen mit Waffengewalt abgesetzt. Als darauf die Arbeiterschaft mit dem Streik antwortete, wurden sämtliche Streikenden für entlassen erklärt. Trotz dieser Haltung der Regierung muß aber die Arbeiterschaft der Bekleidungsämter an ihrer Forderung festhalten. Nur durch die Sozialisierung können die Betriebe der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden.

Sämtliche Diskussionsredner erklärten sich mit der Tätigkeit des Fünferausschusses einverstanden und wünschten das Festhalten an den Forderungen. Durch die vielen, in den Bekleidungsämtern beschäftigten Militärpersonen, werden die Betriebsräten unnötig erhöht; deshalb ist deren Entlassung angebracht. Nicht bezeichnend ist es, daß das Kriegsministerium sogar erklärt hat, Tarife für staatliche Betriebe nicht anzuerkennen.

Dem Fünferausschuß wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Ueber die

Umwandlung der Bekleidungs- und Instandsetzungsämter in Zivilbetriebe

referierte ebenfalls Lehmann. Einleitend schilderte Redner wie notwendig es ist, die gesamte Produktion zu sozialisieren. Besonders die Staatswerkstätten müssen zu sozialisierte Musterbetriebe umgewandelt werden. Darum sind auch die Bekleidungsämter nicht ab-, sondern auszubauen. Die Herabsetzung auf den Friedenszustand darf nicht zur Tatsache werden; denn das würde die Brotlosmachung von großen Massen der Arbeiterschaft bedeuten. Vierundeinhalbes Jahr sind die Arbeiter der Bekleidungsämter vom Staat ausgebeutet worden und verlangen sie jetzt das Recht auf Arbeit. Die Umwandlung der Bekleidungsämter in Zivilbetriebe erfordert vor allem deren Entmilitarisierung. An Stelle der Offiziere müssen Fachleute treten; damit die Rentabilität der Betriebe sichergestellt ist. Natürlich hat auch die Arbeiterschaft ein Interesse daran, ihre Tätigkeit so produktiv wie möglich zu gestalten. Das Bekleidungsamt Altona hat in einer Ausstellung gezeigt, daß in diesen Betrieben bessere und billigere Bekleidungsstücke hergestellt werden können als durch die Privatindustrie. Auch die Instandsetzungsämter können umgewandelt werden, denen Färbereien und Webereien anzugliedern sind. Nach angestellten Berechnungen wären die Bekleidungsämter bei tariflichen Löhnen fähig, Anzüge, für die von der Regierung an die Privatindustrie 90 Mark gezahlt werden, für 155 Mark herzustellen. Leider sind die eingehenden Sozialisierungsvorschläge von der Regierung nicht beachtet worden. Da von oben herab alles eine Sozialisierung nicht zu erwarten ist, muß es Aufgabe der Arbeiterschaft sein, diese zu erkämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion über dieses Referat findet heute statt.

Gewerkschaftliches.

Streik der Stukkateure.

Infolge der teilweisen Ablehnung des einstimmig gefällten Schiedsspruches durch die Unternehmer sind die Stukkateure in den Streik getreten. Die Unternehmer weigerten sich, die vom Schiedsgericht bewilligte Auslösung für auswärts Beschäftigte von 7 M. pro Tag anzuerkennen. Um den Streik zu vermeiden, haben die Unternehmer eine nochmalige Aussprache mit den Arbeitervertretern unter Leitung des Magistratsrats Wändling angebahnt, in der sie sich geneigt zeigten, als tägliche Auslösung 6,25 M. zu bewilligen.

Eine stark besuchte Versammlung der organisierten Stukkateure beschloß indessen nach einem Bericht des Kollegen Sched über die Situation einstimmig, sofort in den Streik zu treten und die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Unternehmer den von der Schlichtungskommission einstimmig gefällten Schiedsspruch anerkannt und die Bezahlung der Streiktage bewilligt haben.

Von verschiedenen Rednern wurde es scharf verurteilt, daß die Unternehmer die vom Schiedsgericht festgesetzten Minimallöhne von 2,85 M. pro Stunde für Baustukkateure, 2,75 M. für Former und 2,65 M. für Gieher als Maximallöhne betrachteten und niedrigere Lohnsätze zahlen, als sie anerkannt haben.

In einer Branchenversammlung der Weinleiter-, Uhr- und Mineralwasserarbeiter und -Aufseher wurde Bericht erstattet über die abgehaltenen örtlichen Generalversammlungen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes für den Bezirk Groß-Berlin. Die in diesen Versammlungen gefaßten Beschlüsse gaben der Branchenleitung Veranlassung, ihre Aemter den Kollegen zur Verfügung zu stellen. Nach eingehender Aussprache wurde den Kollegen das volle Vertrauen ausgesprochen und betont, daß die wirtschaftlichen Fragen mit der politischen Richtung nichts zu tun haben. Ein Antrag, der dahin ging, die Branchenleitung paritätisch zusammenzusetzen, scheiterte an der ablehnenden Haltung der auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Kollegen. Hierauf wurde als Branchenleiter der Kollege Joseph Ulrich (S. P. D.), Kollege E. Rotte (S. P. D.) als Schriftführer wiedergewählt. Die Tarife aus der Wein- und Likörbranche, die einen Einstellungslohn von 85 Mark vorsehen, fanden rege Diskussion und einstimmige Annahme. Die Kollegen aus der Mineralwasserbranche treten ebenfalls in eine Lohnbewegung, um einen einheitlichen Tarif zu schaffen.

Angestellte der Tabakindustrie. Eine am Dienstag, den 20. d. Mts., in den Musikersälen stattgefundene Versammlung, die von etwa 1200 Angestellten der Tabakindustrie besucht war, hat mit allen gegen eine Stimme die Bildung einer Fachgruppe Tabakindustrie unter Anschluß an den Zentralausschuß der Angestelltenausschüsse Groß-Berlins beschlossen. Innerhalb dieser Fachgruppe sollen für die Zigarettenindustrie, die Zigarrenindustrie und den Tabakhandel Untergruppen gebildet werden. Am Dienstag, den 27. d. Mts., abends 5½ Uhr, treffen sich die Obleute der Betriebe zwecks Ergänzung des Arbeitsausschusses bei Landré, Elsasser Straße 31/35.

Die Forderungen der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen in Neukölln sind vom Magistrat nur teilweise bewilligt, so daß den Wünschen der Hilfsarbeiter, besonders der Kriegsteilnehmer, nicht entsprochen ist. Am 25. Mai findet nunmehr eine Versammlung der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen statt, in der nochmals zu den Forderungen Stellung genommen wird. Sollte der Magistrat diese Forderungen nicht restlos annehmen, so wird der Streik unausbleiblich sein.

Sämtliche Ausschußmitglieder und Vertrauensmänner der gesamten Notstandsarbeiten werden zu einer wichtigen Besprechung am Sonntag, den 1. 6. vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn P. Prasser, Müllerkirchstraße, eingeladen.

Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebene in Kriegsgesellschaften und sonstigen Kriegsorganisationen, Sonnabend, 31. Mai, 8 Uhr nachmittags, im ehemaligen Herrenhause, Saal 6, Leipziger Straße, Vertrauensleutekonferenz. Es wird ersucht, von jeder Kriegsgesellschaft, Kriegsorganisation, eine Vertrauensperson dorthin zu entsenden. Auskunft erteilt: Baumgarten, Neukölln, Fuldastr. 55/56.

Städtische Hilfskräfte, Vertrauensleute des Verbandes der Bureauangestellten, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstraße 27, Versammlung. Neuwahl der Branchenleitung.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Groß-Berlin. Dienstag, abends 7 Uhr, in Hoverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35, Mitgliederversammlung. Bericht wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbuch resp. -karte legitimiert.

Arbeitslose der Gemeinde Treptow. Große Versammlung Mittwoch nachmittag 3 Uhr im Lokal Kubath, Barbarastr. 1. Erscheinen aller Arbeitslosen erforderlich.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Einheitsdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19

Kaufgesuche

Kupfer
Schrott, Metallabfälle, Quecksilber, Platin, Gold, Silberbruch, Zahngebisse kauft zu Fabrikpreisen „Metallschmelze Cohn" Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kais.-Friedr.-Str. 239 (nahe Hermannplatz).

Messing
Quecksilber! Zinn! Sämtliche Metallabfälle! Platin! Gold! Silber! Zahngebisse! kauft zu Fabrikpreisen! Metallschmelze Garnsch Fennstr. 43.

Platinankauf
Silberabfälle, Goldabfälle, Zahngebisse, Münzen kauft Frau Lauth, Zionskirchstr. 54 v. II.

Platin! Silber!
zu Original-Schmelzpreisen kauft Metallschmelze Cohn, Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 239 (nahe Hermannplatz).

Quecksilber
Platin! Zahngebisse! Silber! Kupfer! etc., kauft zu Selbstverbrauch - Preisen „Metallschmelze Barsch" Fennstrasse 48

Klavier
oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schucht-schneider, Boxhagener St. 141 III (nahe Herrmannplatz).

Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft jedes Quantum höchstzahlend Greiffeld, Kottbuser Straße 21. Mpl. 4816

Platinankauf
Silberabfälle, Zahngebisse, Goldabfälle, Münzen kauft Frau E. Lieske, Blücherstr. 46.

Metalleinkauf
Goldabfälle, Silberabfälle, Platinabfälle, Zahngebisse, Christianstr. Reichenberger Straße 23 (Kottbuser Tor).

Kupferleitungsdrähte, Kabel, Litzen kauft und zahlt die höchsten Preise Bertelt, Prinzlauer Str. 13 am Alexpl. Telephon Königstadt 2018.

Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft Zwelg, Koval Gensstraße 14/. Telephon: Norden 9649.

Kupferleitungen, Kabel, Litzen kauft zu höchsten Tagespreisen Elektro-Büro, Laurastraße 27 I Ecke Andreasstraße, Alex. 3030.

Boschmagnete, sowie Bosch-Kerzen, kauft Meyer Filiale Zahlmeister Str. 12a. (4—7.)

Metallschmelze, Platinabfälle, Silberabfälle, Goldabfälle, Münzen, Zahngebisse, Christianstr. Reichenberger Str. 38, Kottbuser Tor.

Platinankäufe! Goldbruch, Silberbruch, Silberlotte, Quecksilber, Zahngebisse, Kupferabfälle, Messingabfälle, Nickel, Aluminium, Zinn, Zinkfilm kauft Metallverkaufs-Zentrale, Neanderstraße 13, Moritzplatz 667. Händler. Fabrikenkäufe Engrespreise.

Schellack und Leim, auch pfundweise, kauft E. Thun, Berlin, Wielefstr. 18 I. Moabit 2842.

Fahrradbücher Schiffuchs kaufe. Zahle höchste Preise. Saalbach, Schönhauser Allee 70

Briefmarken aller Länder kft. Keßler, Lausitzer Str. 52

Wohnzimmer
oder Schlafzimmer zu kaufen gesucht. BICK. Zionskirchplatz 1.

Metalle, Akkus, Zeitungen, Lumpen, Weinflaschen, kauft zu höchsten Tagespreisen Produkten-Großhandlung Neukölln, Richardstr. 8. Fernsprecher Neukölln 455.

Teppich gebraucht sucht Röhr, Charlottenburg, Kantstrasse 141.

Genossen-Silberbruch Quecksilber, Platin, Zahngebisse, Münzen, photographische Rückstände sowie alle anderen Metalle kauft zu Höchstpreisen „Silberschmelze Neukölln", Hermannstr. 189

Gelegenheitskäufe.
Täglicher Verkauf von Kleiderstoffen, Vertikos, moderne Küchen, Tischzeug, Bettwäsche, Bettfedern, Rolleaubetten und ganzen Einrichtungen zu billigen Preisen. Goldmann, Danziger Str. 80.

Fleiter, Stanzöl, Lacke, Rostschutz, Bleiweiße usw. kaufen jeden Posten. Handlung chem. Produkte O. 54, Wilhelm-Stolze-Str. 38.

Platinabfälle! Zahngebisse! Goldscheine, Silberscheine, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Aluminium, Zink, Blei, Glühstrumpfasche, höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31 (Alexander 4243).

Metallabfälle, Silberbruch, Quecksilber, Zinn, Zinngeschirre, Salzkocher usw. Schmelzgelle usw. kauft Herrmann, Kottbuser Damm 56.

Pianos, Goldschrank, Teppiche kauft Walter Schneider, Waldenbergerstr. 2. Alexander 1487.

Produktengroßhandlung. Kauft Metall a. Lumpen, Papier, Flaschen und Bodengerümpel. Richter, Kaiserstrasse 145.

Gardinen! Teppiche, Läufer, Chaiselongues, Schlafzimmer, komplettes Schlafzimmer, Klavier, bis 1500 M. sofort zu kaufen Salpeter, Schivelbeiner Str. 36.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft Schumann, Andreasstraße 76, vorm. II, am Schlesischen Bahnhof.

Elektrische Artikel, Kabel, Litzen, Leitungsdrähte, Motore kauft Weiskopf, Gro... Frankfurter Straße 71.

Schreibmaschine und Nationalkasse sucht zu kaufen Schäfer, Lenkestraße 1.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft preiswert E. Schumann, Große Frankfurter Straße 211.

Platin, Zahngebisse, Gold-, Silberabfälle, sowie Wöchstände, Kupfer, Messing, Zinn, Antimon etc., Quecksilber, Celluloid, Filmabfälle, elektrische Kabel zahlt höchstzahlend Silberscheideanstalt Christianstr. vor Köpenicker Straße 70a (gegenüber der Mauerwellenstr.)

Verschiedenes

Detektivbureau. Beobachtungen, Ermittlungen, Ehescheidungen, Kreditauskünfte billigst. Adalbertstrasse 4.

Landrichter außerdienstlich, Rechtsbeistand, Prozeßführung, Eheraten, Ermittlungen, Beobachtungen. Lothringer Straße 47 (Rosenthaler Tor), Hannoversche Str. 2 (Oranienburger Tor).

Rechts- und Auskunftsbüro, polnische Uebersetzungen, Orgesch, Landsberger Allee 7.

Ehescheidungen (auch im Armenrechte), Strafsachen, Alimentensachen, Prozeßführung überall. Gesuche: Hervorragende Erfolge! Beobachtungen, Ermittlungen, Detektivtreffer! Rechtsschutz „Wahrheit", Direktor Mandus, Kottbuser Damm 65 (an der Urban-, Weser-, Kaiser-Friedrich-Str.), Neanderstraße 7, Adalbertstrasse 3, Grosse Frankfurter Strasse 18, Neukölln, Emser Strasse 39. (Auch Sonntags!)

Rechts-Auskunftei. Invaliden-Straße 124, Strafsachen, Ehesachen, Alimentensachen, Rentensachen, Beobachtungen, Ermittlungen.

Neanderstr. 31
(Hausnummer beachten)
Rechts-Auskunftei „Groß-Berlin" und Detektiv-Institut. Fernsprecher Moritzplatz 370. Privatsachen, Ehesachen, Strafsachen, Eingaben, Beobachtungen, Ermittlungen, Auskünfte. Sonntags geöffnet.

Lehrreiche Fachbücher
für Handwerker, für Meister, Lehrlinge oder Gesellen. Illustr. Kataloge kostenfrei. Hervorragendes Fachgewerkbuch. — Viele tausend Kunden. Carl Hermann Ludwig, Braunschweig 431

Rechtsrat! v. Gerichtsassessor (Referent beim Reichsarbeitsministerium) Berlin, Kaiserallee 31 (Nähe Bahnhof Grunewald), Mietsachen, Mietschutzgesetz, Alimentensachen, Strafsachen, Ehesachen, Eingaben, Beobachtungen, Ermittlungen, Auskünfte, Verteidigungen, Prozeßführung, Beobachtungen, Ermittlungen, Auskünfte, Sonntags geöffnet.

Hilfe! Privatsachen, Gewerbesachen, Rentensachen, Kassenscheine, Steuersachen, Georgs, Kottbuserstr. 14.

Maßkorsetts fertigt an bei Stoffgabe Frau Margarete Richter, Fahrbellinerstr. 5.

Pianos arbeitet gut wie neu und stimmt Adolf Hatke, Pionierkaserne Str. 15.

Inserate
für den demnächst erscheinenden Tagesanzeiger ... Leser ... der Fa... ... dann ... sein